

Michael Grandt

Olaf Scholz

**Der rote Wolf
im Schafspelz**

**Macht-Politiker
Öko-Sozialist
Radikal-Marxist**



Dr. h.c. Michael Grandt

Olaf Scholz Der rote Wolf im Schafspelz

Macht-Politiker • Öko-Sozialist • Radikal-Marxist

+++ Exklusiv +++

Enteignungen, Vermögenssteuer, Baugebote:

WAS kommt mit Olaf Scholz?

Herausgeber:
DIE DEUTSCHEN KONSERVATIVEN e.V.
Eine Sonderausgabe des Deutschland-Magazin

1. Auflage Februar 2022

Alle Rechte bei:
DIE DEUTSCHEN KONSERVATIVEN e. V.
Beethovenstraße 60 – 22083 Hamburg
Telefon: 040 – 299 44 01 – Telefax: 040 – 299 44 60
www.konservative.de – info@konservative.de

Spenden-Konto:
IBAN: DE 86 2001 0020 0033 3332 05 – BIC: PBNKDEFF

Druck:
SZ-Druck & Verlagsservice GmbH
Urbacher Straße 10 – 53842 Troisdorf

Gestaltung des Umschlags:
Murat Temeltas

Inhaltsverzeichnis

	Seite
1. Einleitung	9
2. Herkunft • Studium • Beruf • Privates	11
– Steckbrief	11
– Die Ehefrau	12
3. »Viel linker geht es nicht« – Tiefroter, glühender Marxist	13
– Hintergrund: Staatsmonopolistischer Kapitalismus (Stamokap)	14
– »Marx ist für die SPD unentbehrlich geworden« – Scholz' linksradikale Strategiepapiere	15
4. Wurde Olaf Scholz von der DDR-Führung instrumentalisiert?	18
– Scholz im Visier der SED	18
– Scholz als »wichtiger Verstärker« von DDR-Positionen	19
– Die SPD-Jusos als »willige Vollstrecker« der DDR-Führung?	20
– Scholz trifft die DDR-Führungselite	20
– Geheime Dokumente enthüllen: Die Jusos waren »Partner« der FDJ	21
– Fazit	22
5. Chronik der politischen Karriere	24
6. »OWD – Olaf will das« – Der Macht-Politiker	25
7. Scholz und die Bilderberger	27
– Was sind die Bilderberger?	27
– Gründung	27
– Die Bilderberger im Spiegel deutscher Politiker	28

– Die Teilnehmer	28
– Mittendrin: Olaf Scholz	30
– Policy Network & Bruegel	32
8. »Teflon-Scholz« – Skandale und Affären	34
– »Wir können die Sicherheit garantieren« – Der G20-Gipfel in Hamburg (2017)	34
– »Vom Senat kleingeredet« – Die HSH Nordbank-Pleite (2008-2018)	36
– »Der Mann ohne Erinnerung« – Der Cum-Ex-Skandal (ab 2016)	37
– Hintergrund: So funktionieren Cum-Ex-Geschäfte	38
– Kurze Chronologie, wie es zum Cum-Ex-Skandal kam	40
– » ... den größten Betrugsfall unserer Zeit zugelassen« – Der Wirecard-Skandal (ab 2020)	44
– »Justizverschwörung?« – Die FIU-Affäre (2021)	46
9. »Große Sprünge und Veränderungen« – DAS will Olaf Scholz!	47
– Arbeit	49
– Kinder und Familien	49
– Mieten	50
– Klimaschutz	50
– Renten	51
– Mein Fazit	51

10. Enteignungen, Vermögenssteuer, Baugebote – WAS kommt mit Olaf Scholz?	53
– Enteignungen	53
– Baugebote	54
– Bodenwertzuwachssteuer	56
– Weitere Ideen, den Bürgern doch noch das Geld aus der Tasche zu ziehen	56
11. Fazit: Wird Olaf Scholz der schwächste Kanzler aller Zeiten?	59
Der Autor	61
Endnoten/Quellen	66

Wichtige Vorbemerkung des Autors:

Die Aussagen in diesem Buch entsprechen meiner freien Meinung und sind alleine meine Ansichten. Meine Werturteile stellen daher eine bloße Meinungsäußerung dar. Fremdbehauptungen werden durch Quellen belegt. Diese sind im Anhang wiedergegeben und können jederzeit überprüft werden.

Die Links in den Quellenangaben wurden zum Zeitpunkt der Recherche geprüft und verifiziert. Bei Redaktionsschluss waren die Quellen alle aufrufbar. Sollte dies nach der Drucklegung nicht mehr der Fall sein, so können Online-Artikel oft noch über die Wayback Machine des Internetarchivs (<https://archive.org/web/>) aufgefunden werden. Für Links, die nach der Veröffentlichung von den Seitenbetreibern gelöscht oder verändert wurden, übernehmen ich und der Herausgeber keine Verantwortung.

= Para Maria: Minha Vida =

1

Einleitung

»Ich habe ehrgeizige Ziele für unser Land«.

(Olaf Scholz)

Die SPD, die jetzt den Kanzler stellt, wurde mit nur 25,7 Prozent der Stimmen gewählt. 74 Prozent sprachen sich **gegen** die Partei des Kanzlerkandidaten der Genossen aus. Das gab es in der Geschichte der Bundesrepublik noch nie!

Mit 63 Jahren ist Scholz beim Amtsantritt einer der betagtesten Kanzler. Nur Konrad Adenauer¹ und Ludwig Erhard² waren als Neukanzler älter.

Olaf Scholz ist nicht gerade als charismatischer Politiker bekannt. Ganz im Gegenteil: er ist ein spröder Norddeutscher, fast langweilig, mit kleinen Gesten und leisen Reden ohne großartige Betonungen. Kein interessanter Mann. Und doch: Er ist ein Macht-Politiker, wie er im Buche steht.

Hinter seiner gutbürgerlichen und bescheidenen Fassade verbirgt sich nämlich ein ganz anderes Gesicht. Das Gesicht eines tiefroten Marxisten, eines Mannes, der die Positionen des DDR-Regimes in der Bundesrepublik verstärkte, und der seine Netzwerke auch über die Bilderberger aufbaute. Zudem spielte er zwielichtige Rollen in verschiedenen Affären und Skandalen, angefangen vom G20 Desaster, der Milliarden-Pleite der HSH Nordbank, dem Cum-Ex-Skandal, der den Steuerzahler ebenfalls Milliarden gekostet hat und dem Wirecard-Skandal. Als mächtigster Mann der SPD steht er zudem hinter dem Programm der Genossen, das auch vor neuen Steuern, Baugesetzen und sogar vor Enteignungen nicht zurückschreckt.

Das Ziel der Klimahysteriker ist auch Olaf Scholz' Ziel: Klimaneutralität auf Teufel komm raus, und das ohne Rücksicht auf Verluste. Das klingt aufgrund rasant steigender Gas-, Heizöl und Benzinpreise und der Inflation wie ein Hohn. Die Klimahysterie wird uns Wohlstand kosten und uns alle ärmer machen – mit Olaf Scholz sowieso!

Koalitionsvertrag hin oder her – in Wirklichkeit sind Planwirtschaft, Kontrolle, Regulierungen, Bevormundung und Steuererhöhungen das Programm des »roten« Olaf Scholz.

Ist es nicht verrückt, dass ein ehemaliger glühender Radikal-Marxist in Deutschland Bundeskanzler werden kann? Dies wäre bei einem konservativen Politiker undenkbar. Was wäre es für ein Geschrei, wenn ein »Rechter« mit ähnlicher Vergangenheit an die Macht kommen würde? Keiner würde nur von »Jugendsünden« sprechen. Bei jenem würde man jeden Stein umdrehen und die Vergangenheit ohne Rücksicht auf Verluste tagtäglich in den Medien ausschlachten.

Man muss sich einmal vorstellen: der neue Bundeskanzler saß mit den DDR-Diktatoren an einem Tisch und war sogar offen für deren kruden Ideen! Doch all das scheint für die Mainstreamjournalaille nicht mehr zu zählen. Die mediale Zurückhaltung über Olaf Scholz' abstruse Vergangenheit ist verräterisch. Das möchte ich mit dieser Broschüre ändern.

Lesen Sie jetzt ungeschminkt und unzensiert:

Wer ist Olaf Scholz? – **Welche** Positionen vertritt er? – **Was** wird auf uns zukommen?

Sagen Sie später nicht, Sie hätten nichts über ihn gewusst.

In diesem Sinne alles Gute,

Ihr

Michael Grandt

2

Herkunft • Studium • Beruf • Privates

Steckbrief	
Name:	Olaf Scholz
Staatsangehörigkeit:	Deutsch
Beruf:	Politiker (SPD)
Geburtstag:	14. Juni 1958
Sternzeichen:	Zwilling
Geburtsort:	Osnabrück (Niedersachsen)
Größe:	170 cm
Familienstand:	verheiratet
Geschlecht:	männlich
Augenfarbe:	blau ³

Olaf Scholz macht seit einem halben Jahrhundert Politik, und doch ist über ihn persönlich wenig bekannt. Über sein Privatleben dringt nicht viel an die Öffentlichkeit, auch weil er es verstanden hat, dieses fast hermetisch abzuschirmen.

Soviel weiß man: Seine Eltern leben in Norddeutschland. Er hat zwei Brüder: Jens und Ingo. Der eine ist Arzt und Vorstandschef des Universitätsklinikums Schleswig-Holstein, der andere Bereichsleiter einer IT-Firma in Hamburg⁴. Nur Olaf ist den Weg in die Politik gegangen.

Olaf Scholz wurde am 14. Juni 1958 in Osnabrück geboren. Getauft wurde er in Hamburg-Altona. Sein Großvater war Eisenbahner⁵. Dann zog seine Familie nach Hamburg. Er wuchs als ältestes von drei Kindern in Hamburg-Rahlstedt, im Ortsteil Großlohe auf. Dieser galt in den 1970er- und 1980er-Jahren als sozialer Brennpunkt. Mehrere Hochhäuser und Mietkasernen ragen in den Himmel, auch heute noch. Am Rand dieser Siedlung stehen Reihenhäuser. In einem bescheidenen Flachdachhaus mit kleinem Garten wohnte die Familie Scholz. Es ist gut möglich, dass ihn die benachbarte Wohnsiedlung und ihre ärme-

ren Bewohner geprägt haben, denn soziale Gerechtigkeit war und ist Scholz noch immer sehr wichtig⁶.

Der Vater war als Handelsvertreter unterwegs, später war er Manager. Die Mutter zog die Kinder groß. Irgendwann kam dann die Scheidung, die Kinder bleiben bei ihr. Aber Ende der 1990er-Jahre konnte sie das Haus nicht mehr halten und musste es verkaufen⁷.

Im ersten Schuljahr besuchte Olaf die Grundschule Bekassinenau⁸ im Ortsteil Oldenfelde und wechselte dann zur Grundschule Großlohering im Ortsteil Großlohe. Am Gymnasium Heegen absolvierte er 1977 sein Abitur mit der Gesamtnote von 1,6⁹.

Im Jahr 1978 begann er an der Universität Hamburg ein Studium der Rechtswissenschaft, das er 1984 abschloss. Anschließend absolvierte er seinen Zivildienst in einem Altenpflegeheim¹⁰.

Seit 1985 ist Olaf Scholz als Rechtsanwalt zugelassen. Er ist Partner der Anwaltskanzlei *Zimmermann, Scholz und Partner* in Hamburg. Wie auf der Homepage zu lesen ist, wurde die Anwaltskanzlei im Jahre 1990 von Gabriele Zimmermann und ihm gegründet¹¹. Vor seiner Wahl in den Bundestag im Jahre 1998 hat er als Fachanwalt für Arbeitsrecht insbesondere Betriebsräte von Großunternehmen bei Sozialplanverhandlungen und in Einigungsstellen beraten und vertreten¹² (über seinen politischen Werdegang siehe Kapitel »Chronik der politischen Karriere«).

Die Ehefrau

Olaf Scholz ist seit 1998 mit Britta Ernst verheiratet, die ebenfalls Politikerin ist. Das Ehepaar ist kinderlos und lebt in Potsdam. Warum sie den Namen ihres Mannes nicht angenommen hat, ist unbekannt.

Britta Ernst wurde am 23. Februar 1961 in Hamburg geboren. Sie absolvierte das Abitur und machte dann eine Berufsausbildung zur Kauffrau der Grundstücks- und Wohnungswirtschaft. Danach belegte sie ein Studium zur Diplom-Volkswirtin und später zur Diplom-Sozialökonomin. Sie ist Mitglied in der Arbeitsgruppe »Aktivierender Staat« der Friedrich-Ebert-Stiftung und ebenso Mitglied in der Gewerkschaft ver.di. Seit 1978 ist sie aktives Mitglied in der SPD.

Ihre politische Karriere: Von 1997 bis 2011 war sie Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft. Von 1998 bis 2001 bekleidete sie das Amt der gleichstellungspolitischen Sprecherin der SPD-Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft, von 2001 bis 2006 stellvertretende Vorsitzende der SPD-Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft und schulpoliti-

sche Sprecherin der SPD-Bürgerschaftsfraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft. Von 2006 bis 2011 war sie Parlamentarische Geschäftsführerin der SPD-Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft, von September 2012 bis September 2013 Fraktionsgeschäftsführerin der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag¹³. Von 2014 bis 2017 war sie Ministerin für Schule und berufliche Bildung in Schleswig-Holstein. Nach der Landtagswahl in Schleswig-Holstein im Jahr 2017 kam es zu einem Regierungswechsel, und Ernst wurde in diesem Bundesland nicht wieder als Ministerin ernannt. Seit September 2017, nach dem Umzug nach Potsdam, ist sie in Brandenburg Ministerin für Bildung, Jugend und Sport¹⁴. Seit dem 1. Januar 2021 amtiert sie als Präsidentin der Kultusministerkonferenz¹⁵.

3

»Viel linker geht es nicht« – Tiefroter, glühender Marxist

Die Vergangenheit kann nicht rückgängig gemacht werden, auch nicht von Olaf Scholz. Doch das könnte höchstpeinlich für ihn werden, denn viele Menschen wissen nicht, welche ideologischen Gedanken er früher tatsächlich teilte. Aus gutem Grund spricht er heute nicht viel darüber, und aus gutem Grund wird dies auch vonseiten der SPD nicht thematisiert. Deshalb ist es mehr als angebracht, seine politische Anfangszeit genauer unter die Lupe zu nehmen.

Olaf Scholz trat bereits 1975, als Gymnasiast, 17-jährig, in die SPD ein. Wie so viele vor ihm und nach ihm engagierte er sich zunächst bei den Jungsozialisten (Jusos), der Jugendorganisation der Partei. Im Ortsverein des Distrikts Rahlstedt, dominierten die Linken, ebenso wie bei den Jusos. Scholz stieg intelligent, eloquent und engagiert schnell zu deren Wortführer auf. Ein ehemaliger Weggenosse bescheinigt ihm heute, dass er *»nie Unsinn«* geredet, sondern immer *»genau aufgepasst«* habe, was er sagt¹⁶.

In dieser Zeit entwickelte Scholz sein Verhandlungsgeschick, sein Talent, verschiedene Gruppen mit unterschiedlichen Interessen zusammenzubringen und Kompromisse zu schmieden¹⁷. Das war und ist ihm in seiner politischen Karriere sehr von Nutzen.

Auch äußerlich unterschied Scholz sich von einem typischen Juso: Statt Schlapperpulli und Jeans trug er ein Jackett und gebügelte Hemden, war stets korrekt gekleidet.¹⁸

Viele Jusos des Ortsverbandes wollten die Gesellschaft radikal verändern. Einmal demonstrierten sie gegen die Sparkasse, weil die Kontogebühren steigen sollten, ein anderes Mal riefen sie den Stadtteil zur »atomwaffenfreien Zone« aus, und grundsätzlich duzten sie demonstrativ die Senatoren der eigenen Partei¹⁹.

Sehr schnell rückte Scholz in den Vorstand des Ortsvereins auf, engagierte sich dann auf der Landesebene und bei den Jusos im Bundesvorstand. Von 1982 bis 1988 war er stellvertretender Juso-Bundesvorsitzender. In dieser Zeit unterstützte er den Freudenberger Kreis, den marxistischen Stamokap-Flügel der Juso-Hochschulgruppen. Viel linker ging es nicht²⁰.

Hintergrund:

Staatsmonopolistischer Kapitalismus (Stamokap)

Der »Staatsmonopolistische Kapitalismus« (SMK) oder »Staatsmonopolkapitalismus« (Stamokap) ist eine ursprünglich marxistisch-leninistische Bezeichnung für die Verschmelzung des imperialistischen Staates mit der Wirtschaft²¹. So schrieb Wladimir Iljitsch Lenin²², der marxistische Theoretiker und Staatsbegründer der Sowjetunion, im Nachwort seines Buches »Das Agrarprogramm der Sozialdemokratie«, dass der Erste Weltkrieg »den monopolistischen Kapitalismus in einen staatsmonopolistischen Kapitalismus verwandelte«.²³

In der Stamokap-These besteht die Wirtschaft nur noch aus wenigen Monopolen, die in seiner Endphase zu einem einzigen Herrschaftsinstrument unter Führung einer Finanzoligarchie mutiert ist. Diese Endphase sei in der BRD erreicht worden, so die Nachkriegs-Stamokap-Vertreter, nicht aber in der DDR. Die Stamokap-These war bis 1989/1990 richtungweisend in den sozialistischen Ländern Europas.

Die marxistisch-leninistische These fand auch in Teilen der SPD Anklang, vor allem aber bei den Jusos. 1972 verabschiedeten deren Landesverbände Hamburg und Berlin Strategiepapiere, in denen sie die Stamokap-Theorie zur Grundlage ihrer politischen Arbeit machten²⁴. Der marxistisch inspirierte Flügel der SPD, dem auch Olaf Scholz angehörte, definierte ihre Grundlagen seitdem mehrfach neu.

Es ist kein Geheimnis, wird aber von den Genossen heute tunlichst vermieden zu erwähnen: Olaf Scholz gehörte sogar zum doktrinären Stamokap-Flügel der Jusos.²⁵

Martin Greive, Jan Hildebrand, Christian Rickens und Klaus Stratmann schrieben in einem bemerkenswerten Artikel im *Handelsblatt*:

»Tatsächlich ist Scholz seit seiner Jugend tiefrot imprägniert. Politisch sozialisiert wurde er bei den Jusos, deren stellvertretender Bundesvorsitzender er von 1982 bis 1988 war. Es war die Zeit des Systemkonflikts zwischen Ost und West. Und Scholz war mittendrin – als glühender Marxist. Den Juso-Bundesvorsitzenden Willi Piecyk soll Scholz auf dessen Frage, warum es zwischen den beiden ständig krache, einmal angebrüllt haben: ›Weil du den Kapitalismus nicht so sehr hasst wie ich!‹«²⁶

»Marx ist für die SPD unentbehrlich geworden« – Scholz' linksradikale Strategiepapiere

Scholz schrieb Artikel für die Zeitschrift *spw* (Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft), die 1978 von Mitgliedern der SPD, vor allem aus Reihen der Jungsozialisten, gegründet wurde. Darin warb er für *»die Überwindung der kapitalistischen Ökonomie²⁷«*, schimpfte über die *»aggressiv-imperialistische Nato«*, die Bundesrepublik als *»europäische Hochburg des Großkapitals«* und über die sozialliberale Koalition, die den *»nackten Machterhalt über jede Form der inhaltlichen Auseinandersetzung«* stelle.²⁸

Im Jahr 1982 verfasste er zusammen mit Jürgen Wasem und Klaus-Peter Wolf einen seiner ersten Texte für die *spw*. Darin hieß es (Hervorhebungen durch mich):

*»Jungsozialisten müssen in der Diskussion mit anderen Teilen der Friedensbewegung deutlich machen, dass Aufrüstung und Kriegsgefahr notwendige Begleiterscheinungen des Imperialismus sind und dass deshalb eine dauerhafte Friedenssicherung nur möglich ist, **wenn das kapitalistische Gesellschaftssystem vom Sozialismus abgelöst wird**«²⁹*

Mit Günter Beling und Hannes Schulze schrieb er in derselben Ausgabe (Hervorhebungen durch mich):

»**Marxistische Sozialdemokraten** erkennen, dass Umweltzerstörung, Kriegsgefahr, Abbau demokratischer Rechte, Arbeitslosigkeit und alle anderen Krisenerscheinungen untrennbar mit der Existenz der kapitalistischen Gesellschaftsordnung verbunden sind. Eine wirksame Beseitigung aller dieser Gefahren setzt daher die **Beseitigung des Kapitalismus voraus**. Dies kann nur gelingen durch eine **Vergesellschaftung der entscheidenden Produktionsmittel** und die Beseitigung der darauf gegründeten Macht der Monopolbourgeoisie«.³⁰

Eines von Scholz' früheren »Hauptwerken« war ein Strategiepapier, gemeinsam mit Günter Beling verfasst. Es ist wohl seine umfassendste und tiefgreifendste politische Analyse. Das 15-Punkte-Papier trägt den Titel »Nach dem Scheitern des ›Godesberger Weges‹ – Thesen zur Perspektive von marxistischen Sozialdemokraten aus der Opposition«³¹ und ist heute so gut wie vergessen. Gerade aus diesem Grund möchte ich Auszüge aus den 15 Punkten aufführen, um in die marxistische Gedankenwelt des jungen Olaf einzutauchen (Hervorhebungen durch mich):

»1. Die Bundesrepublik ist die europäische Hochburg des Kapitals

Marxisten beurteilen die politischen Rahmenbedingungen in der Bundesrepublik nüchtern und ohne Illusionen. Die ökonomische Stellung und historische Entwicklung unseres Landes weisen es **eindeutig als europäische Hochburg des Kapitals** aus (...) die deutsche Geschichte weist eine weitgehend **ungefährdete Herrschaft der politischen Rechten** aus. Die Chance grundlegender ökonomischer und gesellschaftlicher Veränderungen nach dem Faschismus konnte nicht wahrgenommen werden (...).

4. Der ›Godesberger Weg‹ ist gescheitert

Das Ende der sozialliberalen Koalition signalisiert zugleich das Ende des Weges von Godesberg. **Es hat sich für die Perspektive der Sozialdemokratie nicht ausgezahlt, als Volkspartei auf die Formulierung von Klasseninteressen zu verzichten** (...) Der **Verzicht auf jede Konfrontation mit dem Kapital** hat sich für die SPD verheerend ausgewirkt (...)

10. Die Linke muss offensiv werden

(...) Grundsätzlich muss aber auf die Notwendigkeit der **Überwindung des Privateigentums an Produktionsmitteln** als Schlüssel zu gesellschaftlich geplanter Investition, Produktion und Beschäftigung deutlich hingewiesen werden. Gleichzeitig **muss das Verhältnis von Ökonomie**

und Ökologie sozialistisch bestimmt werden. In der Friedensfrage muss sich die Parteilinke klar an die Seite der Friedensbewegung gegen die NATO-Aufrüstung stellen. Für die anderen gesellschaftlichen Problemfelder müssen ebenso deutliche kurz- und langfristige Positionsbestimmungen vorgenommen werden. (...)

15. Marxisten führen die Grundsatzdiskussion um den Kurs der SPD

Noch nie war es so zwingend für die Gesamtpartei, eine Debatte um die Orientierung, die **langfristige Kursbestimmung** der Sozialdemokratie zu führen. (...) Die Rechte in der SPD ist gescheitert. (...) 100 Jahre nach dem Tod von Karl Marx muss sich die gesamte Sozialdemokratie seiner Lehre erinnern. **Marx ist für die SPD unentbehrlich geworden**«. ³²

Damit outete sich Scholz als Radikal-Marxist, der den Kapitalismus bekämpfen, Privateigentum »überwinden« und das Verhältnis zwischen Ökonomie und Ökologie sozialistisch bestimmen wollte (Öko-Sozialismus). Diese Zeilen sind angesichts der Klimahysterie plötzlich erschreckend aktuell geworden.

Ein Foto vom Oktober 1983 zeigt den damals noch mit Lockenkopf grinsenden Juso neben der Fahne der Sozialistischen Internationale³³ auf einer der größten Demonstrationen in der Geschichte der Bundesrepublik. In Bonn gingen damals nämlich Hunderttausende auf die Straße, um gegen den NATO-Doppelbeschluss zu demonstrieren.

Mit dem Doppelbeschluss kündigte die NATO die Aufstellung neuer mit Atomsprengköpfen bestückter Raketen und Marschflugkörper – der Pershing II und BGM-109G Gryphon – in Westeuropa an. Das hatte SPD-Kanzler Helmut Schmidt beschlossen und sein CDU-Nachfolger Helmut Kohl schließlich umgesetzt.³⁴ Der junge Scholz protestierte also gegen den Beschluss seiner eigenen Partei.

Doch damit nicht genug: Am 4. Januar 1984 trafen sich Scholz und andere Juso-Führer in der DDR mit dem damaligen Sekretär des Zentralkomitees der SED, Egon Krenz, und dem Mitglied des Politbüros des ZK der SED, Herbert Häber.³⁵

Wurde Olaf Scholz von der DDR-Führung instrumentalisiert?

Nur wenige wissen, dass Scholz als Jungsozialist eine enge Zusammenarbeit mit der kommunistischen Jugendorganisation *Freie Deutsche Jugend* (FDJ) in der DDR pflegte.³⁶

Auch die Staatsführung der DDR hatte ein vitales Interesse an dieser Zusammenarbeit. Dr. Hubertus Knabe, der von 2000 bis 2018 wissenschaftlicher Direktor der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen war und heute wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Neueste Geschichte der Universität Würzburg ist, hat bemerkenswerte Details ans Tageslicht gebracht, die er in seinem Artikel »*So nahe stand der Jungsozialist Olaf Scholz den Machthabern in der DDR*«, im *Focus* publizierte.³⁷ Die Grundlage für folgendes Kapitel sind der Artikel und die Recherchen von Hubertus Knabe. Unter anderem setzen sich seine Belege aus Dokumenten aus dem Bundesarchiv und aus dem Bestand DY24 in der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (SAPMO) zusammen.

Scholz im Visier der SED

Im Jahr 1982 geriet Scholz ins Blickfeld der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED). Sie war eine marxistisch-leninistische Partei, die 1946 in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands und der Viersektorenstadt Berlin aus der Zwangsvereinigung von SPD und KPD hervorgegangen war und sich anschließend unter sowjetischem Einfluss zur Kader- und Staatspartei der 1949 gegründeten DDR entwickelte.

Da Scholz stellvertretender Bundesvorsitzender der Jungsozialisten (Jusos) geworden war, interessierte sich die SED natürlich für ihn. Denn die DDR-Staatspartei verfolgte mit enormem finanziellen, personellen und geheimdienstlichen Aufwand das Ziel, die Bundesrepublik gegen den NATO-Beschluss in Stellung zu bringen, und da kamen ihr die Jusos gerade recht. Diese bildeten nämlich einen wichtigen Hebel für die DDR-Agitation, die dadurch direkt in die damals regierende SPD hineinwirken konnte.

Scholz als »wichtiger Verstärker« von DDR-Positionen

Zuständig für die Kontakte zu den Jusos war der Zentralrat der FDJ. Scholz war außerdem sehr interessant, weil er sich schon als vehementer Kritiker der NATO hervorgetan hatte und auch dem marxistischen Stamokap-Flügel der Jusos angehörte.

Hubertus Knabe:

*»Tatsächlich wurde Scholz zu einem wichtigen Verstärker von DDR-Positionen im Vorstand der Jungsozialisten.«³⁸ Zum Beispiel schrieb er in der Zeitschrift *spw*, dass es in der Nachrüstungsfrage »für die fortschrittlichen demokratischen Kräfte in diesem Land nur ein entschiedenes NEIN geben« könne und in der Diskussion mit anderen Teilen der Friedensbewegung Jungsozialisten dabei deutlich machen müssten, »dass Aufrüstung und Kriegsgefahr notwendige Begleiterscheinungen des Imperialismus sind und dass deshalb eine dauerhafte Friedenssicherung nur möglich ist, wenn das kapitalistische Gesellschaftssystem vom Sozialismus abgelöst wird.«³⁹*

Das war für die SED natürlich ein gefundenes Fressen. In der DDR registrierte man aufmerksam, dass sich der Jugendverband der SPD nach Scholz' Wahl in den Bundesvorstand noch mehr nach links bewegte. In FDJ-Dokumenten wird etwa hervorgehoben, dass die Jusos – trotz eines bestehenden Unvereinbarkeitsbeschlusses – erstmals eine Abordnung der DKP⁴⁰-nahen Jugendorganisation SDAJ eingeladen und die USA einhellig »für die äußerst gefährliche Zuspitzung der internationalen Lage verantwortlich« gemacht hatten.⁴¹ Das alles war ganz im Sinne der DDR.

Ebenso wurde auf Juso-Kongressen immer wieder die Frage diskutiert, ob die Bundesrepublik aus der NATO austreten solle. Eine Überlegung, die heute noch in manchen roten Köpfen umherspuckt. Damals hatten sich die Jusos nicht zu dieser Forderung durchringen können, aber Olaf Scholz erklärte im Dezember 1983, »dass man wegen der veränderten Position in Teilen der Friedensbewegung jetzt auch als Jusos das Thema NATO-Austritt diskutieren« könne⁴² und im März 1984 bekräftigte er in einem Aufsatz über »Aspekte sozialistischer Friedensarbeit«, dass »längerfristig auch die Frage der militärischen Integration der BRD in die NATO auf der Tagesordnung« stehen werde.⁴³

Die SPD-Jusos als »willige Vollstrecker« der DDR-Führung?

In dieser Zeit nahmen die Jusos erstmals auch an einem Internationalen Jugendlager für linke Jugendfunktionäre aus der Bundesrepublik und Österreich teil, das ausgerechnet die FDJ durchführte. Die Veranstaltung dauerte sechs Tage und bestand aus Vorträgen erfahrener SED-Agitatoren, abendlichen Musikdarbietungen und Filmvorführungen. Delegationsleiter der Jusos: Olaf Scholz!⁴⁴

Im November 1983 stimmte der Bundestag der Aufstellung neuer Raketen auf dem Gebiet der Bundesrepublik zu, und die DDR wollte diesen Beschluss rückgängig machen, auch mit Hilfe der Jusos. Sie sollten nützliche Verstärker in der Partei, in der Öffentlichkeit und bei den Friedensdemos sein. Eine gute Gelegenheit, um die Zusammenarbeit zu vertiefen bot sich im Januar 1984, als Scholz mit weiteren Mitgliedern des SPD-Bundesvorstandes zur FDJ nach Ost-Berlin reiste.⁴⁵

In einem – heute für die SPD wohl pikanten Vorbereitungspapier – würdigte die FDJ damals die Rolle der Jusos als konsequentestem Teil innerhalb der SPD, die sich von Anfang an für ein eindeutiges »Nein« zur Raketenstationierung ausgesprochen hatte. Mehr noch: Die Jusos gehörten zu jenen Kräften, »die auf die weitere Auseinandersetzung für den Abbau der stationierten Nuklearsysteme der USA orientieren und eine entsprechende Volksbefragung am 17. Juni 1984 unterstützen«.⁴⁶

Die FDJ vermerkte zudem, dass Olaf Scholz der Stamokap-Gruppe angehöre, die oft stärker bereit sei, »mit Kommunisten zusammenzuarbeiten«.⁴⁷

Scholz trifft die DDR-Führungselite

Doch die Jusos hatte noch mehr drauf: Auf *ihren* Wunsch nämlich kam es am 4. Januar 1984 neben den Gesprächen mit FDJ-Chef Eberhard Aurich auch zu einem Zusammentreffen mit dem damaligen ZK-Sekretär für Sicherheit, Egon Krenz. Und das war kein Geheimnis.⁴⁸ Denn die DDR-Nachrichtensendung *Aktuelle Kamera* zeigte Scholz, wie er am Tisch gegenüber von Krenz saß. Das SED-Zentralorgan *Neues Deutschland* veröffentlichte am nächsten Tag ein Foto auf der Titelseite. Es zeigte die muntere Runde unter dem Porträt des KPD-Führers Ernst Thälmann. Auch für die SED ging es um viel, das bewies, dass der Verantwortliche für Honeckers Deutschlandpolitik, Herbert Häber, ebenfalls mit am Tisch saß.⁴⁹

Das Treffen schien gefruchtet zu haben, denn in der Folgezeit kam es zwischen Jusos und FDJ zu zahlreichen anderen Begegnungen, allein 1984 sechs weitere. Höhepunkt war der Gegenbesuch des FDJ-Chefs Aurich am 17. Dezember 1984 in Bonn, bei dem sich Jusos und FDJ in einem gemeinsamen Kommuniqué *»entschieden für den sofortigen Stopp der Raketenstationierung«* aussprachen.⁵⁰

1987 passierte Scholz, als Juso-Vize, erneut die innerdeutsche Grenze und trat auf einer FDJ-Friedenskundgebung in Wittenberg – wohl ganz im Sinne der SED – für Abrüstungsverhandlungen ein.⁵¹ Bis 1988 fanden zahlreiche weitere Treffen auf Spitzenebene statt. An welchen dieser Begegnungen Olaf Scholz teilnahm, lässt sich nicht mehr mit Gewissheit sagen.

Geheime Dokumente enthüllen: Die Jusos waren »Partner« der FDJ

Die SED resümierte 1988 über die Beziehung zu den Jungsozialisten in einer zehneitigen, als *»Vertrauliche Verschlussache«* eingestuftem Analyse. Darin ist u.a. zu lesen: *»Die Jusos wurden Partner der FDJ im Friedenskampf«*, und auch auf internationaler Ebene seien sie zur Zusammenarbeit mit den kommunistischen Jugendverbänden bereit. Ferner: *»Sie erweisen sich als gesprächsbereite und berechenbare Dialogpartner«*, und in diesem Zusammenhang wurde darauf verwiesen, dass Olaf Scholz mittlerweile auch Vizepräsident des Weltverbandes sozialistischer Jugendorganisationen *IUSY* geworden war. Gewürdigt wurde auch die *»Anerkennung der uneingeschränkten Staatlichkeit der DDR«*, was auf die seit 1986 mehrheitlich herrschende Gruppierung aus Stamokap-Fraktion und Antirevisionisten im Juso-Bundesvorstand zurückgeführt wurde.⁵²

Olaf Scholz reiste im Mai 1988 erneut in die DDR, was aus einem weiteren Dokument hervorgeht. Die FDJ hatte ihn zu einem Seminar eingeladen. Dessen Titel lautete: *»Zur Verantwortung von Jugendorganisationen aus Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnungen für die Erhaltung und Sicherung des Friedens. Möglichkeiten und Notwendigkeiten der Zusammenarbeit junger Kommunisten und junger Sozialdemokraten«*. Im Dokument ist vermerkt, dass das Auftreten der Juso-Delegation *»vom offensichtlichen Willen, den erreichten Stand der Beziehungen zur FDJ konstruktiv fortzusetzen«*, geprägt gewesen sei.⁵³

An dieser Stelle möchte ich noch einmal Dr. Hubertus Knabe zu Wort kommen lassen:

»Das Dokument ist das jüngste Schriftstück aus dem DDR-Machtapparat, in dem Olaf Scholz namentlich erwähnt wird. Ausführlich werden darin auch die von seiner Delegation vertretenen Meinungen referiert. Der Abbau pauschaler Feindbilder, hätten die Jusos erklärt, heiße nicht, »dass die wahren Feinde des Friedens nicht mehr benannt werden dürften«. Diese befänden sich »im Militär-Industrie-Komplex der USA« sowie in der »Stahlhelm-Fraktion« der Unionsparteien. Die »Friedensoffensive der sozialistischen Länder« hätte demgegenüber zu einem Aufbrechen des antikommunistischen Feindbildes in der Bundesrepublik geführt. An der »Buhmann-Diskussion gegen die DDR« würden sich die Jusos nicht beteiligen.«.⁵⁴

Weiter:

»An einer Stelle werden die Ausführungen Scholz« auch wörtlich wiedergegeben. Der Juso-Funktionär wird mit den Worten zitiert, dass es legitim sei, »Vorstellungen über eine andere Entwicklung im jeweils anderen System« zu entwickeln – was jedoch nicht bedeute, dass die SPD je wieder ein »Ostbüro« eröffnen würde. Anschließend äußerte er die Überzeugung, »dass im Zuge der Entwicklung der sozialistischen Länder die sozialistische Demokratie Züge des bürgerlichen Parlamentarismus annehmen werde«.⁵⁵

Fazit

Der Jungsozialist Olaf Scholz, der im marxistisch-leninistischen Flügel der Jusos agierte, vertrat dieselben Ansichten über den NATO-Doppelbeschluss wie die DDR-Führung. Nach seiner Wahl in den Bundesvorstand der Jusos bewegte sich der Jugendverband der SPD stärker nach links. Im Vorstand der Jungsozialisten war Scholz ein »wichtiger Verstärker« der »DDR-Positionen«.

Wie war es dazu gekommen? Wir können darüber nur spekulieren, aber die Indizien sprechen für meine These, dass Olaf Scholz und seine Jusos von der DDR-Führung instrumentalisiert worden waren. Ich rekapituliere:

- Die Jusos und Scholz nahmen an Jugendlagern der FDJ teil, in denen sie der DDR-Agitation ausgesetzt waren.
- Scholz & Co. trafen mehrmals hochrangige Funktionäre der DDR-Elite, saßen mit ihnen sogar am selben Tisch.

- Die Treffen mit der FDJ häuften sich.
- Die FDJ vermerkte zudem, dass Olaf Scholz der Stamokap-Gruppe angehöre, die bereit sei, »mit Kommunisten zusammenzuarbeiten«.
- Im Vorstand der Jungsozialisten war Scholz ein »wichtiger Verstärker« der »DDR-Positionen«.
- Die SED resümierte 1988 in einer »Vertraulichen Verschlussache«, dass die Jusos »Partner« der FDJ gewesen seien.

Eins und eins ist zwei: Für mich hat die DDR-Führung über die FDJ die SPD-Jusos für ihre Ziele instrumentalisiert. Als stellvertretender Bundesvorsitzender war Olaf Scholz maßgeblich dafür verantwortlich, dass diese Instrumentalisierung erfolgreich war.

2007 sah Scholz seine marxistische Vergangenheit als persönlichen Standortvorteil. »Das Gute ist, dass ich fast alle Irrtümer einmal gemacht habe. Die habe ich hinter mir«. ⁵⁶

In der FAZ sagte er im selben Jahr: »Damals war das meine Überzeugung. Die war falsch. Heute habe ich durchdachtere Positionen. Ich habe aber nicht viel übrig für Leute, die ihre Vergangenheit ungeschehen machen wollen. Dass sich jemand zwischen seinem siebzehnten und seinem fünfzigsten Lebensjahr intellektuell, politisch und persönlich weiterentwickelt, halte ich nicht für eine Schande – im Gegenteil«. ⁵⁷

Heute sagt Olaf Scholz in einem SPIEGEL-Interview, er habe sich von dieser Zeit »entgiftet«. ⁵⁸

Ich vertrete hingegen folgende Ansicht:

»Sage mir, woher du kommst, und ich sage dir, wer du bist«

5

Chronik der politischen Karriere

Der politische Werdegang von Olaf Scholz in chronologischer Reihenfolge:

- 1994-2000:** Vorsitzender des SPD-Kreisverbandes Altona.
- 1998-2011:** Mitglied des Deutschen Bundestages.
- 2000-2004:** Vorsitzender der SPD-Hamburg.
- 2001:** Hamburger Innensenator.
- 2001-2019:** Verschiedene Funktionen im SPD-Parteivorstand.
- 2002-2004:** Generalsekretär der SPD.
- 2005-2007:** Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion.
- 2007-2009:** Bundesminister für Arbeit und Soziales.
- 2009-2018:** Vorsitzender der SPD-Hamburg.
- 2009-2019:** Stellvertretender Bundesvorsitzender der SPD.
- 2011-2018:** Erster Bürgermeister von Hamburg.
- 2018:** Kommissarischer Parteivorsitzender der SPD.
- Seit 2018:** Bundesminister der Finanzen.
- 2019:** Erfolgreiche Kandidatur für den Parteivorsitz zusammen mit Klara Geywitz.
- 2021:** Kanzlerkandidatur und Einzug in den Deutschen Bundestag (durch Direktmandat).
- Dezember 2021:** Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland.

6

»OWD – Olaf will das« – Der Macht-Politiker

Nach dem Abschied von den Jusos Ende der 1980er-Jahre wurde Scholz Beisitzer im Vorstand seines Ortsvereins, 1994 übernahm er den Vorsitz des Kreisverbands Altona, wo er inzwischen wohnte.⁵⁹

1998 erfolgte der vorläufige Höhepunkt seiner politischen Karriere: Scholz holte bei der Bundestagswahl das Direktmandat und wurde Bundestagsabgeordneter. In dieser Zeit bildete Gerhard Schröder seine rot-grüne Regierungskoalition. Zwei Jahre später wurde Scholz SPD-Landesvorsitzender in Hamburg.⁶⁰

Sogar der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder wurde auf den »Neuen« aufmerksam und zwar bei einer Diskussion über Arbeitsmarktpolitik. Scholz ärgerte sich über eine Einlassung des Kanzlers und sagte: *»Es würde helfen, wenn Sie Ahnung hätten von diesem Thema«.*⁶¹

Schröder gefiel die Chuzpe und machte ihn nach der Bundestagswahl 2002 zu seinem Generalsekretär. 2010 muss er Schröders Agenda vertreten, die mit einem radikalen Umbau des Sozialsystems einherging (Hartz IV). Doch Scholz zeigte sich loyal und verteidigte die Reform, die die Genossen aber in eine tiefe Krise stürzen sollte. Aus dieser Zeit stammt auch sein Spitzname durch die Zeitschrift die *ZEIT*: »Scholzomat«, weil er immer die gleichen Floskeln anbrachte – bis heute.⁶²

Doch beim Bochumer Parteitag Ende 2003 wurde Scholz als Generalsekretär abgestraft, erhielt nur noch 52,6 Prozent. Als Gerhard Schröder nur wenig später den Parteisitz abgab, musste auch sein Generalsekretär Olaf Scholz gehen. Dieser, verbittert, gab auch den Landesvorsitz in Hamburg ab.⁶³

Doch Scholz wollte nicht ganz aufgeben. In der Bundespolitik machte er weiter, als Bundestagsabgeordneter und Mitglied im Rechtsausschuss. 2004 verschaffte ihm Franz Müntefering eine neue Chance: Scholz wurde Obmann im Visa-Untersuchungsausschuss, und nach der vorgezogenen Bundestagswahl wurde er Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der Fraktion. Scholz war wieder im Rennen – und wie: 2007 wurde er Arbeitsminister im ersten Kabinett von Angela Merkel.⁶⁴

Doch bei der Bundestagswahl 2009 stürzte die SPD auf nur noch 23 Prozent ab und flog aus der Regierung. Scholz verlor seinen Posten als

Minister, blieb aber einfacher Abgeordneter, wurde einer der stellvertretenden Fraktionschefs und übernahm den SPD-Vorsitz in Hamburg.⁶⁵

Im Jahr 2011 wurde Scholz Erster Bürgermeister von Hamburg und hatte gleich mit vielen Problemen zu kämpfen: Wohnungsmangel, die staatliche HSH-Nordbank, die Milliarden verbrannte, die Elbphilharmonie, der ein Desaster drohte (siehe unten). Doch Scholz versuchte die Probleme zu meistern: *»Wer Führung bestellt, der bekommt sie auch«*.⁶⁶ Das war sein Motto.

Doch sein Hang zum Autoritären rief auch Kritik hervor. Man warf ihm vor, nur *»Jasager«* als Senatoren in Hamburg gewollt zu haben. Widerrede würde er nicht wünschen. So machte bald das geflügelte Kürzel *»OWD«* die Runde: *»Olaf will das«*.⁶⁷

Auch danach, als Minister und Vizekanzler sollte sich an seiner Einstellung nicht viel ändern. In seinen Augen war Politik nichts für Feiglinge und Selbstdarsteller, sondern ein ernstes Geschäft. Er verachtet Menschen, die sich künstlich echauffieren, Coolness ist angezeigt. Er wird nie laut und fällt nicht aus der Rolle. Aber loben kann er auch nicht richtig. Wenn er sagt: *»Das ist gut«*, dann ist das schon das höchste der Gefühle.⁶⁸

In der zweiten Jahreshälfte 2019, nachdem Andrea Nahles als Parteichefin zurückgetreten war, stellte sich Scholz zusammen mit Klara Geywitz zur Wahl zum neuen SPD-Führungsduo. Doch das Mitgliedervotum wurde zur Anti-Scholz-Wahl: Nur 45 Prozent der Mitglieder wollten ihn und Geywitz. Eine brutale Niederlage, eine Demütigung, die Scholz tief traf. Zum ersten Mal haderte er mit der Politik, fuhr in den Urlaub und beriet sich mit Vertrauten.⁶⁹

Erst zum Jahreswechsel 2020 war der *»alte«* Scholz wieder da. Er schloss einen Pakt mit der damaligen Parteiführung, bestehend aus Saskia Esken und Norbert Walter-Borjans, formte ein Team mit Fraktionschef Rolf Mützenich und Generalsekretär Lars Klingbeil, machte weiter⁷⁰ und wurde zum SPD-Kanzlerkandidaten gekürt. Am 8. Dezember 2021 wurde er Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland.

Scholz und die Bilderberger

Was sind die Bilderberger?

Gründung:

Über die Bilderberger ist in Dutzenden von Büchern viel Wahres, aber auch Unwahres geschrieben worden. Ich möchte mich jedoch nicht an Verschwörungstheorien oder obskuren Thesen beteiligen und versuche, das Thema so sachlich wie möglich aufzuarbeiten. Zwar gibt es eine offizielle Website der Bilderberger, aber darauf ist nur das zu lesen, was man auch erfahren soll.⁷¹

Fakt ist: Im Lenkungsausschuss (Steering Committee) der Bilderberger sitzen auch zwei Deutsche:

- Paul M. Achleitner (Deutsche Bank)
- Mathias Döpfner (Axel Springer)⁷²

Zwischenzeitlich sind auch vereinzelte Protokolle zu den Bilderberger-Meetings im Internet aufgetaucht.⁷³ Wikileaks hat einige davon veröffentlicht.⁷⁴

Dennoch gibt es kaum ernsthafte Forschungen zur Thematik. Der Sozialwissenschaftler Björn Wendt hat sich als einer der ganz Wenigen mit den »Bilderberger« befasst und kann daher als einer der Fachmänner auf diesem Gebiet angesehen werden. In einem langen Interview aus dem Jahr 2015 gab er seltene Einblicke in das geheimnisvolle Treiben der Mächtigen, weswegen ich mich daran orientieren möchte. Zur Gründung des Elite-Zirkels sagte er (Auszüge, Hervorhebungen jeweils durch mich):

»Die Initiative zur ersten Bilderberg-Konferenz ging im Jahr 1952 vor allem von Joseph Retinger und Prinz Bernhard der Niederlande aus. Es ging ihnen darum, dem steigenden Antiamerikanismus in Europa entgegenzuwirken und den Zusammenhalt zwischen den Machteliten auf beiden Seiten des Atlantiks sowie die Europäisierungsbewegung zu stärken, um ein geschlossenes Bündnis des Westens gegen den Kommunismus zu gewährleisten.

*Von Beginn an waren die Organisatoren darum bemüht, dass **von ihrem Vorhaben nichts nach außen dringt**. Vom 29. bis zum 31. Mai*

1954 tagte die erste Konferenz im niederländischen Oosterbeek im Hotel de Bilderberg, daher auch der Name ›Bilderberg-Konferenz‹ (...) Prinz Bernhard übernahm dann den Vorsitz, und seither findet in der Regel eine Konferenz pro Jahr statt. Stets wird für mehrere Tage ein Luxushotel angemietet, das häufig abgelegen liegt und durch private und öffentliche Sicherheitsdienste protegert wird«.75

Die Bilderberger im Spiegel deutscher Politiker:

Über den Umgang der deutschen Politiker mit der Elite-Truppe sagte Wendt:

»Zunächst argumentieren die Politiker gegen die Verschwörungshypothese. Gemeinsam ist den Antwortenden darüber hinaus, dass sie der Veranstaltung zusprechen, legal zu sein, dass es also nicht verboten ist, dass sich **Spitzenpolitiker mit Milliardären, Königinnen und Wirtschaftsbossen für drei oder vier Tage in einem Hotel einschließen, um über Politik zu diskutieren** (...) Andererseits ist im politischen Feld auch Kritik zu finden, insbesondere mit Blick auf die demokratische Transparenzregel bzw. die **Verschwiegenheit der Teilnehmer und Journalisten**. Besonders in der Linken geht die Kritik mitunter auch deutlich weiter, was auch damit zusammenhängen könnte, dass sie als einzige Fraktion des Deutschen Bundestags noch nicht auf der Konferenz vertreten war: Hier fallen dann Begriffe wie Lobbying und Wirtschaftsinteressen.

Zudem gibt es ja auch noch jene deutschen Spitzenpolitiker, die selbst auf den Konferenzen waren. Diese **schweigen in der Regel** oder reden die Bedeutung klein (...)«76

Die Teilnehmer:

Zu den Konferenzteilnehmern sagte Björn Wendt:

»Ich schätze die **Zahl an Konferenzteilnehmern der letzten 60 Jahre auf ca. 2500 Personen** (...) Diesen inneren Kern der Institution (Steering Committee und Advisory Group), bezeichne ich als Bilderberg-Gruppe. Etwa 200 Personen gehörten in der Vergangenheit diesem erlesenen Kreis an. Diese Mitglieder der Bilderberg-Gruppe sind also von jenen Personen zu unterscheiden, die von ihnen, mitunter nur einmalig, zu einer Konferenz eingeladen werden. Man könnte also sagen: **Es gibt einen inneren Kreis (die Bilderberg-Gruppe) und einen äußeren Kreis (die Konferenz-Teilnehmer)**«.77

Weiter:

» (...) Den **Politikern, Militärs, Beamten und Elder Statesmen, stehen auf der anderen Seite dutzende Spitzenmanager von Zentralbanken und Großkonzernen** gegenüber, die die wirtschaftliche Sichtweise auf die Weltprobleme darlegen sollen. Zu diesen Gruppen gesellen sich einige **Journalisten, Wissenschaftler sowie Mitglieder von privaten Stiftungen, Think-Tanks und Beraterfirmen**«. ⁷⁸

Wendt ergänzte:

»Ich denke, dass bei der **Auswahl** neben mathematischen und formalistischen Elementen eine ganze Reihe weiterer Faktoren eine Rolle spielen: 1. **Wer hat zur Zeit Einfluss?** 2. **Wer wird zukünftig vielleicht auf wichtigen Machtpositionen sitzen?** 3. **Wem tue ich einen Gefallen, damit er oder sie mir später vielleicht auch einen Gefallen tut?** 4. Welche Personen sind für die Diskussion eines bestimmten Themas unerlässlich? 5. Wer ist verfügbar? 6. Wer hat sich in der Vergangenheit für eine erneute Einladung aufgedrängt? 7. Wer wird traditionell eingeladen?« ⁷⁹

Zudem:

»Die **SPD, die CDU/CSU und die FDP, darunter zahlreiche Bundeskanzler und Minister, waren die letzten 60 Jahre immer wieder vertreten, die Grünen sind erst seit kurzem dabei.** Sowohl auf den Konferenzen als auch in der Bilderberg-Gruppe stößt man nun auf zwei Gruppen, die besonders interessant sind: **Die Superreichen und den europäischen Hochadel**, da sie in der Regel nicht so sichtbar sind, wenn es um Fragen der Weltpolitik geht. Prinz Bernhard und seiner Tochter, Königin Beatrix der Niederlande, aber auch Königin Sofia von Spanien und weitere, regelmäßige und unregelmäßige royale Besuche, illustrieren, dass stets einige Vertreter des europäischen Hochadels in die Konferenzen eingebunden waren, ohne jedoch (bis auf Prinz Bernhard) eine formelle Position in der Gruppe einzunehmen.

Die Geldaristokratie ist in der formellen Struktur sichtbar und durch die gesamte Geschichte hindurch im Steering Committee vertreten. Es ist nicht abwegig, vielmehr sogar naheliegend, diese **beiden Gruppen und Institutionen als bedeutsame politische Player und Systeme bei der Analyse von Weltpolitik einzubeziehen**«. ⁸⁰

Hier ist eine (unvollständige) Aufstellung deutscher Entscheider, die schon bei den Bilderberg-Konferenzen waren:

- **Hans-Werner Sinn**, Wirtschaftswissenschaftler (2016).⁸¹
- **Norbert Röttgen**, CDU-Politiker (2014).⁸²
- **Joschka Fischer**, ehemals Grünen-Politiker (2008).⁸³
- **Wolfgang Ischinger**, Leiter der Münchner Sicherheitskonferenz (2002⁸⁴, 2012⁸⁵).
- **Ursula von der Leyen**, Präsidentin der Europäischen Kommission (2015⁸⁶, 2016⁸⁷, 2018⁸⁸, 2019⁸⁹).
- **Christian Lindner**, FDP-Politiker (2013⁹⁰).
- **Angela Merkel**, CDU-Politikerin, Altkanzlerin (2005⁹¹).
- **Wolfgang Schäuble**, CDU-Politiker (2016⁹²).
- **Jens Spahn**, CDU-Politiker (2017⁹³).
- **Linda Teuteberg**, FDP-Politikerin (2019⁹⁴).
- **Jürgen Trittin**, Grünen-Politiker (2012⁹⁵).
- **Mathias Döpfner**, Vorstandsvorsitzender der Axel Springer AG (2007⁹⁶, 2014⁹⁷, 2015⁹⁸, 2016⁹⁹, 2019¹⁰⁰).

Spitzenpolitiker, die sich mit Milliardären, dem Hochadel, der Geldaristokratie und Wirtschaftsbossen treffen, die alle zur Verschwiegenheit verpflichtet sind, das Verständnis der Eliten untereinander fördern sollen und die Welt nach ihren Vorstellungen ordnen wollen. Und das bei abgelegenen Treffen, die durch Sicherheitsdienste hermetisch abgeriegelt sind. Dazu kommen ausgewählte Journalisten, die ebenfalls zur Verschwiegenheit verpflichtet sind. Das alles hat tatsächlich einen »Verschwörungsgeruch«.

Mittendrin: Olaf Scholz

Olaf Scholz wurde bereits 2010 von den Bilderberger eingeladen – und zwar offiziell in seiner Funktion als Vize-Chef der SPD¹⁰¹. Aber was machte Scholz in den Augen einer Riege internationaler Konzernführer und Politstrategen so interessant, dass sie persönlich an einem abgelegenen Ort ohne Öffentlichkeit mit ihm sprechen wollten?

Vielleicht war für den inneren Kreis der Bilderberg-Gruppe schon damals klar, dass Scholz mittelfristig an einer wichtigen Machtposition in Deutschland sitzen würde? Wie dem auch sei, Scholz nahm die Einladung an und reiste für einige Tage ins Luxushotel an der spanischen

Mittelmeerküste, wo er die Top-Elite der Welt und andere Politiker traf. Und das alles auch noch auf Kosten der SPD.¹⁰²

Bei diesem Treffen waren auch der damalige Deutsche-Bank-Chef Josef Ackermann, Ex-US-Außenminister Henry Kissinger, der neokonservative Pentagon-Berater Richard Perle, Google-Chef Eric Schmidt, Milliardär Bill Gates, Ex-US-Finanzminister Robert Rubin und der Vorsitzende von Goldman Sachs, Peter Sutherland, sowie ein gutes Dutzend weitere Großbanker anwesend¹⁰³. Was Scholz mit der elitären Riege besprach, ist bis heute vertraulich. Auf der Website *abgeordnetenwatch.de* beantwortete Scholz eine dementsprechende Frage wie folgt:

*»Wie Sie der Ihnen bekannten Internetseite entnehmen können, finden die Gespräche off-the-record (inoffiziell, vertraulich, nicht für die Öffentlichkeit bestimmt) statt, um einen freien Gedankenaustausch zu ermöglichen.«*¹⁰⁴

Geheim ist geheim!

Markus Klöckner von den NachDenkSeiten schrieb:

»Was ist von einem demokratischen Politiker zu halten, der sich gemeinsam mit anderen Eliten und Machteliten für drei Tage in ein Luxushotel zurückzieht, um hinter verschlossenen Türen, ganz ohne Öffentlichkeit, über zentrale politische und gesellschaftliche Themen zu konferieren? Olaf Scholz ist einer jener deutschen Politiker, die sich nicht davor gescheut haben, an einem Elite-Treffen teilzunehmen, das



Wer steckt hinter Scholz?

*aus demokratischer Sicht als hochproblematisch betrachtet werden kann«.*¹⁰⁵

Pikant: Gerade die Springer-Presse hat viel *für* den SPD-Kanzlerkandidaten geschrieben. Ist es wirklich nur »Zufall«, dass Axel-Springer-Boss Mathias Döpfner, auch bei den Bilderberger-Treffen war?

Nichts Genaues weiß man nicht. Nur so viel ist wohl sicher: Scholz wird als einer der mächtigsten Politiker Deutschlands wohl auch künftig an diesen geheimen Treffen teilnehmen, bei denen die Weltelite ganz unter sich ist.

Policy Network und Bruegel

Scholz war auch noch in einem anderen Netzwerk engagiert: Dem Policy Network.

Die Londoner Denkfabrik wurde 1999 unter anderem von Bill Clinton, Tony Blair und Gerhard Schröder gegründet¹⁰⁶. Hier kamen Sozialdemokraten zusammen und vernetzten sich. Einer davon war Olaf Scholz, wo er wichtige Kontakte ins Ausland knüpfte. Von 2002 bis 2007 war er sogar Direktoriumsmitglied.¹⁰⁷

Finanziert wird die Stiftung u.a. vom britischen Milliardär David Sainsbury.^{x108} Dieser ist seit Oktober 2011 Kanzler der University of Cambridge. Nach Angaben des US-amerikanischen Forbes Magazine gehört Sainsbury zu den reichsten Briten.¹⁰⁹

Zu Scholz und seiner Verbindung zum Policy Network schrieb der ehemalige AfD-Abgeordnete Ulrich Oehme am 11. September 2021 auf seiner Homepage folgendes (Hervorhebungen durch mich):

*»Olaf Scholz gehört zur Hautevolee der Sprecher, welche die einflussreiche **Denkfabrik Bruegel** in Brüssel verpflichtet. Scholz referierte dort stolz vor einem Jahr zum Thema ›Europa wieder stark machen‹ und zum ›European Way of Life‹ (...)*

*Bruegel soll der Wirtschaftspolitik der Europäischen Union eigene Impulse aus den Unternehmen geben, die finanziell diese Denkfabrik tragen, u.a.: Pfizer, Novartis, Google, Microsoft, Deutsche Bank, British Petroleum, Deutsche Telekom, GDF Suez, Goldman Sachs. Zugleich aber ist Bruegel Mitglied im Transatlantic **Policy Network**, der Lobby europäischer und US-amerikanischer Multis, die in Entscheidungsprozesse der amerikanisch-europäischen Zusammenarbeit drängen.*

Scholz diskutierte im Dezember 2020 mit Lord Mandelson in Finanzkreisen darüber, »wie sich das politische Angebot der Mitte-Links-Parteien weiterentwickeln und den Wandel in Gesellschaft und Wirtschaft widerspiegeln muss.« Denn: Lord Mandelson (von der SPD-verwandten englischen Labour Party) führte die Stiftung Policy Network Limited in London, wo **Herr Olaf Scholz Direktoriumsmitglied war (laut britischen Registerauszügen von März 2004 bis November 2007)**.¹¹⁰

Ohne die Hilfe durch vertrauliche Netzwerke und durch vielfältige globale Kontakte zur Elite, scheint es nicht möglich zu sein, zu einem der mächtigsten Politiker Deutschlands aufzusteigen.

Zu Scholz politischer Bilanz gehören aber auch Skandale und Affären – und zwar nicht wenige.



Linke Chaoten und Gewalttäter



Hamburg versank in Anarchie

»Teflon-Scholz« – Skandale und Affären

»Wir können die Sicherheit garantieren« – Der G20-Gipfel in Hamburg (2017)

Die G20-Treffen, bei dem sich die Staatschefs der zwanzig führenden Industrie- und Schwellenländer begegnen, sind seit 2009 das zentrale Forum für die internationale wirtschaftliche und finanzpolitische Zusammenarbeit.¹¹¹

Im Jahr 2017 fand das Treffen in Hamburg statt. Erster Bürgermeister und damit politisch Hauptverantwortlicher für einen reibungslosen Ablauf war Olaf Scholz.

Dieser schätzte die Sicherheitslage jedoch von Anfang an falsch ein. Er ging nämlich davon aus, dass er dieses Riesenergebnis, über das die ganze Welt berichtete, *mitten* in seiner Millionenstadt abhalten konnte.¹¹² Alles schien perfekt vorbereitet: Es wurden mehr als 31.000 Polizeikräfte während des Gipfels eingesetzt, davon 23.200 Länderpolizisten, 5.500 Bundespolizisten und über 2.500 BKA-Beamte.¹¹³

Doch bei Demonstrationen, Blockaden und anderen Veranstaltungen brachten Zehntausende ihren Protest gegen das internationale Treffen zum Ausdruck. Schließlich kam es zu gefährlichen Ausschreitungen von Linksextremen unter dem Motto »Welcome to Hell«. Bürgerkriegsähnliche Zustände und Verwüstungen herrschten: Autos brannten, Geschäfte wurden geplündert und Polizisten wurden von Dächern aus angegriffen. Österreich entsandte sogar das Einsatzkommando Cobra und die Sondereinheit WEGA.¹¹⁴

Insgesamt wurden 186 Demonstranten festgenommen,¹¹⁵ 225 weitere in Personengewahrsam genommen und 51 Haftbefehle erlassen.¹¹⁶ Die Zahlen der verletzten Polizisten schwanken zwischen 400 und 592,¹¹⁷ je nachdem wie gezählt wurde, und wie der politische Einfluss auf die Zählung war. Zu der Gesamtzahl der verletzten Demonstranten gibt es bis heute keine offiziellen Meldungen.

Der Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft (GDV) bezifferte die bei den Ausschreitungen verursachten Schäden an pri-

vaten Pkws, Häusern und Gewerbebetrieben auf bis zu zwölf Millionen Euro. Hinzu kommen bislang unbezifferte Schäden an Straßen, städtischen Gebäuden, Bahnanlagen und Polizeifahrzeugen.¹¹⁸

Wie schon erwähnt: Oberster Verantwortlicher für dieses Debakel war Olaf Scholz. In der Hamburger Bürgerschaft forderten CDU und FDP den Ersten Bürgermeister zum Rücktritt auf, weil er die Lage falsch eingeschätzt und zu wenig mit den Sicherheitsbehörden kommuniziert habe.¹¹⁹

Scholz lehnte seinen Rücktritt ab. Unterstützt wurde er interessanterweise vom damaligen Kanzleramtschef Peter Altmaier (CDU)¹²⁰ und von Bundeskanzlerin Angela Merkel.¹²¹ Hintergrund: Die Kanzlerin hatte dem Plan, den Gipfel in Hamburg abzuhalten, zuvor zugestimmt¹²² und konnte Scholz jetzt nicht fallenlassen, ohne selbst das Gesicht zu verlieren.

Offenbar kritikunfähig, vertrat Olaf Scholz auf einer Pressekonferenz nach dem Gipfel noch den Standpunkt, dass auch 5.000 Polizeikräfte mehr nichts an den verübten Straftaten hätten ändern können.¹²³

Aufgrund der Sachlage musste Scholz später aber dann doch eingestehen, dass es nicht gelungen sei, die Sicherheit der Bürger Hamburgs so zu gewährleisten, »wie wir uns das vorgestellt« haben. Und



Scholz verteidigt sich für sein G-20-Desaster

weiter: *»Viele sind sehr erschrocken, ich bin es auch (...) Das darf doch nicht sein, solche Dinge dürfen doch in unserem Hamburg nicht vorkommen«.*¹²⁴

Vor dem Gipfel hatte er noch vollmundig verkündet: *»Seien Sie unbesorgt: Wir können die Sicherheit garantieren«.*¹²⁵

Scholz musste die Hamburger Bürgerschaft schließlich um Entschuldigung bitten.¹²⁶

Für viele Beobachter stand damals fest: Olaf Scholz war der G20-Ver-sager.¹²⁷ Sie warfen ihm vor, die Gefahr unterschätzt und die Warnungen vor Ausschreitungen leichtfertig abgetan zu haben. Diese Kritik kam nicht nur aus politischen Reihen sondern auch von der Deutschen Polizeigewerkschaft und von Bürgern der Hansestadt.¹²⁸

»Vom Senat kleingeredet« – Die HSH Nordbank-Pleite (2008-2018)

Die Pleite der HSH Nordbank war und ist für Hamburg und Schleswig-Holstein ein finanzielles Desaster, denn die Länder hafteten mit vielen Milliarden Euro für faule Kredite. Auffällig auch hier: Die Rolle von Olaf Scholz.

Die *Welt* schrieb:

*»Als damaliger Bürgermeister von Hamburg verantwortete Olaf Scholz die Rettung der HSH Nordbank – mit mehr als 13 Milliarden Euro Verlusten zu Lasten der Steuerzahler. Das hat der Stadt geschadet«.*¹²⁹

Der Ökonom Martin Hellwig sagte:

*»Scholz hätte eine Abwicklung der landeseigenen Bank als Scheitern betrachtet«.*¹³⁰

Wie die ARD-Sendung *Panorama* berichtete, steigerte Olaf Scholz in seiner Amtszeit als Erster Bürgermeister in Hamburg (2011-2018) die Risiken für den Steuerzahler sogar noch:

»Die zwischenzeitlich auf sieben Milliarden Euro herabgesenkte Staatsgarantie erhöhte er [Scholz/MGR] wieder auf zehn Milliarden, die nun komplett an die privaten Finanzinvestoren gehen. Unter seinem Senat kauften die beiden Nordländer faule Schiffskredite für 2,4 Milliarden Euro aus der HSH Nordbank und bunkerten sie in einer staatlichen

»Anstalt«. Dieses Kreditportfolio, das einmal fünf Milliarden Euro wert war, wird inzwischen nur noch auf 1,7 Milliarden Euro geschätzt«. ¹³¹

Letztendlich summierten sich die Verluste der HSH Nordbank, trotz »erfolgreichen Verkaufs«, auf rund 16 Milliarden Euro. ¹³²

Pikant: Scholz Ehefrau Britta Ernst, war von 1994 bis 1997 persönliche Referentin von Thomas Mirow (dem ehemaligen Kabinettschef von Willy Brandt¹³³). Mirow war damals noch Senator in der Stadtentwicklungsbehörde Hamburg. Im Jahr 2013 wurde er Aufsichtsratsvorsitzender der HSH Nordbank. Nach dem Verkauf der Bank an den Finanzinvestor Cerberus am 28. November 2018 schied er jedoch aus dem Aufsichtsrat aus. ¹³⁴

Nachtigall ick hör dir trapsen!

Olaf Scholz selbst betonte, er habe im Umgang mit der HSH Nordbank »keinen Fehler« gemacht. Sein Senat habe stets auf die Risiken hingewiesen. ¹³⁷

»Der Mann ohne Erinnerung« – Der Cum-Ex-Skandal (ab 2016)

Diese Affäre ist wohl der gefährlichste Skandal für Olaf Scholz. Denn hier geht es nicht um Verantwortung qua Amt, sondern um seine mutmaßliche Verwicklung in ein »Geschenk« der Stadt Hamburg an die Warburg Bank, ¹³⁸ nämlich um illegale Steuererstattungen an Banken – und der Skandal ist noch nicht ausgestanden.

Bei den umstrittenen Geschäften schoben Investoren rund um den Dividendenstichtag Aktien mit (»cum«) und ohne (»ex«) Ausschüttungsanspruch (Dividenden) schnell zwischen mehreren Beteiligten hin und her (siehe unten). Diese ließen Aktien dann so oft untereinander zirkulieren, bis dem Fiskus nicht mehr klar war, wem sie überhaupt gehörten. ¹³⁹ In der Folge erstatteten Finanzämter Kapitalertragsteuern, die gar nicht gezahlt worden waren. Die Gewinne wurden aufgeteilt. ¹⁴⁰ Dem Staat entstand so ein Milliarden Schaden. ¹⁴¹ Erst 2012 wurde das Steuerschlupfloch geschlossen. Im Juli 2021 entschied der Bundesgerichtshof (BGH), dass die »Cum-Ex«-Aktiengeschäfte für den deutschen Fiskus als »Steuerhinterziehung« zu bewerten und damit strafbar sind. ¹⁴²

Hintergrund: So funktionieren Cum-Ex-Geschäfte

Das *Handelsblatt* hat den Ablauf dieser dubiosen Geschäfte in einem Artikel sehr gut beschrieben.¹⁴³ Ich nehme ihn als Grundlage meiner folgenden Erläuterungen:

1. Aktienkauf vor der Zahlung der Dividende (»Cum«)

Beispiel: Es gibt drei Investoren mit den Namen Alex, Berta und Cäsar.

- Alex besitzt Aktien im Wert von zehn Millionen Euro von der Energie AG.
- Kurz vor dem Tag, an dem die Dividende fällig wird, kauft Berta ebenfalls Aktien von der Energie AG im Wert von zehn Millionen.

Das nennt man »Cum Dividende«, ein Aktienkauf vor der Dividendenzahlung.

2. Leerverkäufe

- Berta kauft das Aktienpaket jedoch nicht bei Alex, sondern bei Cäsar.
- Cäsar besitzt aber zum jetzigen Zeitpunkt noch gar keine Aktien von der Energie AG.
- Cäsar und Berta vereinbaren, dass Cäsar die Aktien erst zu einem späteren Termin an Berta liefern muss.

Das nennt man einen »Leerverkauf« und funktioniert etwa so, als würde man etwas im Internet bestellen, sofort bezahlen, die Ware wird aber später geliefert.

3. Dividendenzahlung

- Der Tag der Gewinnausschüttung (»Dividendenstichtag«) ist gekommen.
- Die Energie AG zahlt ihren Aktionären eine Dividende von fünf Prozent.
- Investor Alex hat Anspruch auf 500.000 Euro. Die Energie AG überweist ihm aber nur 375.000 Euro, denn 25 Prozent Kapitalertragsteuer gehen direkt an das Finanzamt.

- Für diese 125.000 Euro bekommt Alex von seiner Bank eine Bescheinigung, mit der er sich bei der nächsten Steuererklärung unter bestimmten Bedingungen das Geld vom Finanzamt zurückerstatten lassen kann.

4. Aktienkauf nach der Dividende (»Ex«)

- Investor Alex verkauft seine Aktien an Investor Cäsar, der sie ja braucht, um Berta zu beliefern.
- Cäsar zahlt an Alex aber nicht zehn Millionen Euro, sondern nur 9,5 Millionen, denn die Aktien sind nun weniger Wert, da die Dividende gerade ausgeschüttet wurde – und die hat Alex bereits kassiert.

Das nennt man »Ex Dividende«.

5. Das Finanzamt stellt mehrere Steuerbescheinigungen aus

- Cäsar liefert nun die Aktien an Berta.
- Da Berta die Aktien aber schon vor der Dividendenausschüttung gekauft und bezahlt hat – und damit auch ein Anrecht auf die Dividende hat – muss Cäsar 375.000 Euro oben drauflegen.
- Über die noch fehlenden 125.000 Euro bekommt Berta eine Bescheinigung von ihrer Bank ausgestellt, mit der auch sie sich die Summe vom Finanzamt erstatten lassen kann.

6. Das Finanzamt erstattet die Steuern mehrmals

- Berta verkauft ihre Aktien wieder an Alex.
- Damit scheint alles wieder wie vor den Verkäufen – doch haben nun offiziell zwei Investoren Anspruch auf Steuererstattung: Alex und Berta.
- Der Staat hat aber nur einmal Steuern kassiert und verliert nicht nur diese 125.000 Euro, sondern zahlt zusätzlich noch weitere 125.000 Euro als Rückerstattung aus.
- Alex, Berta und Cäsar teilen sich die Beute von einer Viertelmillion Euro. Fertig.

Die Warburg Bank hatte sich mit dubiosen Aktiendeals Steuergutschriften von rund 47 Millionen Euro verschafft. Aber das Hamburger Finanzamt verzichtete unglaublicher Weise darauf, das Geld zurückzufordern.¹⁴⁴

Kurze Chronologie, wie es zum Cum-Ex-Skandal kam:

»Mai 2016:

Die Steuerprüfer bei der Hamburger Warburg-Bank stoßen auf möglicherweise illegale Cum-Ex-Geschäfte. Sie beschließen, zu Unrecht ausbezahlte Steuern in Höhe von 47 Millionen Euro zurückzufordern. Doch Vertreter der Bank bitten um Aufschub. Ein monatelanger Streit beginnt.

September und Oktober 2016:

Das Finanzamt will die Steuern von Warburg zurückverlangen. Bürgermeister Olaf Scholz (SPD) empfängt die Bankchefs zweimal im Rathaus. Danach empfiehlt er, ein Argumentationspapier der Bank kommentarlos auch an den Finanzsenator Peter Tschentscher (SPD) zu schicken.

November 2016:

In der Hamburger Finanzbehörde trifft sich eine Runde von Führungskräften, um über den Fall Warburg zu entscheiden. Man verständigt sich darauf, die 47 Millionen Euro nicht zurückzufordern. Die Begründung: Der Sachverhalt sei nicht ausermittelt, und es drohe eine Pleite der Bank.

November 2017:

Auch für das Folgejahr will Hamburg weitere ausstehende 43 Millionen an Steuern aus Cum-Ex-Geschäften nicht von der Warburg-Bank zurückverlangen. Das Bundesfinanzministerium in Berlin erteilt der Stadt daraufhin eine ausdrückliche Weisung, die Steuererstattung nicht verjähren zu lassen. Hamburg fügt sich nur widerwillig.

März 2020:

Das Landgericht Bonn urteilt, die Geschäfte der Warburg-Bank seien illegal gewesen, und ordnet die Einziehung von rund 177 Millionen Euro von der Bank an. Der Bundesgerichtshof bestätigt das Urteil im Juli 2021. Die Hamburgische Bürgerschaft setzt im November 2020 einen Untersuchungsausschuss ein.

Oktober 2021:

Die Staatsanwaltschaft Köln durchsucht das Hamburger Finanzamt für Großunternehmen und beschlagnahmt Unterlagen der Finanzbe-

hörde. Sie ermittelt wegen des Verdachts der Begünstigung gegen eine Finanzbeamtin und die SPD-Politiker Johannes Kahrs und Alfons Pawelczyk, die für Warburg bei Scholz lobbyiert haben sollen».¹⁴⁵

Olaf Scholz beteuerte, keinen Einfluss auf die Entscheidung der Finanzbehörde genommen zu haben. Brisanterweise kann er sich aber *nicht* an den Inhalt von Gesprächen mit den verantwortlichen Warburg-Banker im verdächtigen Zeitraum »erinnern«.¹⁴⁶ Das ist seltsam, denn für ein schlechtes Gedächtnis ist Olaf Scholz nun nicht gerade bekannt.¹⁴⁷ Beim Cum Ex-Skandal fehlt Scholz aber plötzlich jede Erinnerung daran, dass er sich 2017 als Bürgermeister öfter mit dem Vorsitzenden der Hamburger Warburger Bank, getroffen hatte, die kurz darauf 47 Mio. Euro Steuererlass kassierte.¹⁴⁸

Die *BILD* schrieb:

»Scholz stammelte 2020 vorm Finanzausschuss, dass es schon sein könne, dass es richtig sei, was die Journalisten sagen würden, er aber nichts habe, an dem er das festmachen könne (...) Nur eines weiß der Mann ohne Erinnerung: Alles war korrekt«.¹⁴⁹

Die *Zeit* fragte zurecht:

»Warum waren die höheren Ebenen der Hamburger Finanzverwaltung so nachsichtig? Hier beginnt nun das Reich der Vermutungen, der Spekulationen und Widersprüchlichkeiten. Und mittendrin: Olaf Scholz. Er empfing die Bankchefs Christian Olearius und Max Warburg in den entscheidenden Monaten zweimal bei sich im Rathaus, am 7. September und am 26. Oktober 2016. Bekannt wurde das erst, nachdem die Kölner Ermittler Olearius' Tagebuch beschlagnahmt hatten. Zuvor hatte der Hamburger Senat verneint, dass es Gespräche zwischen Scholz und Bankvertretern in der Sache gegeben habe. Schon diese Falschaussage erzeugt bis heute Misstrauen.

Worum es am 7. September und 26. Oktober 2016 ging? Einer der Anwälte von Max Warburg brachte es im Untersuchungsausschuss so auf den Punkt: Natürlich hätten die Bankchefs gehofft, dass sich die im Raum stehenden Steuerrückforderungen »in weiße Wölkchen auflösen«.¹⁵⁰

Olaf Scholz sagte bei seiner Zeugenaussage vor dem Untersuchungsausschuss:

*»Ich habe mich nicht in das Steuerverfahren eingemischt, das erschiene mir auch heute noch als eine politische Dummheit, dazu neige ich nicht (...) Ich gebe normalerweise keine Auskünfte über meine Einschätzung zum Sachverhalt, ich mache keine Zusagen und keine Versprechen. Ich stelle höchstens Nachfragen und lasse mir ihre Sichtweise darlegen«.*¹⁵¹

Er ergänzte, dass er sich auch in diesem Fall »tadellos« verhalten habe, sich an Details aber nicht mehr erinnern könne.¹⁵²

Die Zeit:

*»Doch anders als Scholz sich das erhofft haben dürfte, war die Affäre damit nicht beendet. Denn Scholz war im fraglichen Zeitraum nicht nur Bürgermeister und Parteichef, er war die unumstrittene Führungsfigur in Hamburg. In der Stadt, hieß es, laufe alles Wichtige über seinen Tisch. Sein Gedächtnis gilt als herausragend, man erzählte sich bewundernd, wie er Verhandlungen oft ohne Unterlagen führe, weil er alles im Kopf habe. Was bislang als Stärke galt, weckt nun Misstrauen«.*¹⁵³

Ausgerechnet in der Cum-Ex-Affäre soll ihn sein sonst so umfassendes Gedächtnis im Stich lassen? Auch die Mitglieder im Untersuchungsausschuss zweifelten daran:

»Scholz fiel selbst Entlastendes nur mit großer Mühe wieder ein, zum Beispiel, dass beim ersten Gespräch noch ein Mitarbeiter der Wirtschaftsbehörde dabei war. »Wir sind von Lücke zu Lücke gesprungen, er konnte sich an nichts erinnern«, klagte Götz Wiese von der CDU nach



Scholz als Zeuge vor dem Untersuchungsausschuss

Scholz' Zeugenaussage. »Ich fand diesen Auftritt beschämend«, sagte Norbert Hackbusch von der Linkspartei«. ¹⁵⁴

Im Untersuchungsausschuss sagten alle beteiligten Mitarbeiter der Finanzverwaltung aus, dass es keinen politischen Einfluss gegeben habe und begründeten ihre dubiose Entscheidung, das Geld von der Warburg-Bank *nicht* zurückzufordern mit der Angst davor, die Bank in die Pleite zu treiben und dafür verklagt zu werden. ¹⁵⁵

Das ist in etwa so, als würden Sie Ihre Steuern nicht bezahlen müssen, weil der Finanzbeamte Angst davor hat, dass Sie dann Pleite gehen und er dafür gerichtlich belangt werden könnte – völliger Unsinn.

Wie oben schon angesprochen, wird auch gegen zwei Hamburger SPD-Schwergewichte wegen Begünstigung ermittelt und zwar gegen den früheren Innensenator Alfons Pawelczyk und den früheren Bundestagsabgeordneten Johannes Kahrs. Pawelczyk zeigte sich unbeeindruckt und sagte, es gehe in dem Fall doch »*nur darum, Scholz kleiner zu machen*«. ¹⁵⁶ Kahrs, der sich im Parlament regelmäßig mit großspurigen Reden bekannt machte und sein Saubermann- und Moralapostelimage zu Markte trug, äußert sich bislang nicht öffentlich zu den Vorwürfen. ¹⁵⁷ Doch beide agierten 2016 quasi als Warburg-Lobbyisten. Das enthüllte ausgerechnet das Tagebuch von Bankchef Christian Olearius: Die SPD-Politiker hätten ihn beraten und für ihn mehrmals bei Scholz vorgesprochen, Pawelczyk habe schließlich einen Termin bei Scholz organisiert. Doch Scholz kann sich auch daran nicht erinnern. ¹⁵⁸

Verstärkt wird der Eindruck der Mauscheleien noch dadurch, dass die Hamburger SPD 2016 Parteispenden über 45.500 Euro aus dem Warburg-Firmenreich angenommen hatte. Ausgerechnet oder zufällig in dem Jahr, als die Bank mit der Finanzverwaltung um ihre Steuerbescheide rang. Das meiste Geld der großzügigen Spenden floss an den SPD-Kreisverband Mitte. Damaliger Vorsitzender: Johannes Kahrs! ¹⁵⁹

Ende Oktober 2021 meldete der *Tagesspiegel*, dass der Schaden durch den Cum-Ex-Skandal dreimal so hoch sei, wie zunächst angenommen und zwar weltweit auf 150 Milliarden (!) Euro. ¹⁶⁰

Scholz bestreitet nach wie vor den Vorwurf, er hätte sich in der Steuerangelegenheit eingemischt. ¹⁶¹ Am 30. April 2021, nach einer Befragung im Untersuchungsausschuss zur Cum-Ex-Affäre, verkündete er:

»*Alle wissen, dies ist eine Sache, wo sich die Hamburger Verwaltung, der Bürgermeister, der Finanzsenator vollkommen korrekt verhalten*

haben«. ¹⁶² Vorwürfe politischer Einflussnahme auf den Fall seien »*haltlose Schauermärchen*«. ¹⁶³

Anhörungs-Protokolle dazu lässt er aber trotzdem unter Verschluss halten. ¹⁶⁴

2022 soll Olaf Scholz erneut aussagen. ¹⁶⁵ Eine noch größere Aufmerksamkeit dürfte ihm dann gewiss sein.

»... den größten Betrugsfall unserer Zeit zugelassen« – Der Wirecard-Skandal (ab 2020)

Es ist einer der größten Finanz-Skandale in der Geschichte der Bundesrepublik: Wirecard. Das internationale Zahlungs- und Kreditkartenunternehmen, galt jahrelang als einer der wenigen deutschen Vorzeige- und Weltkonzerne. ¹⁶⁶

Doch was zunächst niemand glauben wollte: Die Umsätze von 1,9 Milliarden Euro des DAX-Konzerns waren frei erfunden. Dazu kam: Obwohl Bankbelege fehlten, beglaubigten Wirtschaftsprüfer jahrelang die Bilanzen des Unternehmens. Der Betrug flog erst im Juni 2020 auf. Der Vorstandsvorsitzende Jan Marsalek tauchte unter. Die Aktienwerte krachten in den Keller und Wirecard war innerhalb weniger Tage pleite. ¹⁶⁷ Durch den Skandal ist, Schätzungen zufolge, ein wirtschaftlicher Schaden von fast 30 Milliarden (!) Euro entstanden. ¹⁶⁸

Auch viele Anleger, die in Wirecard investiert hatten, traf es hart. Sie machten große Verluste. Die Münchner Staatsanwaltschaft ermittelt wegen Bilanzfälschung, Betrug, Marktmanipulation und Geldwäsche. Die Wirtschaftsprüfer von Ernst & Young hatten jahrelang die Bilanzen des Zahlungsabwicklers testiert. ¹⁶⁹

Bei der Aufklärung des Milliardenbetrugs rückte auch das Verhalten der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (Bafin) in den Mittelpunkt, die direkt dem Bundesfinanzministerium, unter dem damaligen Bundesminister Olaf Scholz, unterstand. Kritiker warfen der Behörde – und damit auch Olaf Scholz – Totalversagen vor. Denn obwohl es viele Hinweise gab, dass bei Wirecard etwas nicht stimmte, hätten Scholz und die Bafin die Augen zugemacht. Im Skandal übersah ein Ressortchef Warnhinweise und reagierte erst, als es bereits zu spät war und das, obwohl die *Financial Times* schon früh über die Missstände berichtete. Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (Bafin) schöpfte aber immer noch keinen Verdacht. ¹⁷⁰

Ein »Bauernopfer« gab es: Der Chef der Finanzaufsicht, Felix Hufeld, musste zurücktreten. Und Olaf Scholz?

24hamburg.de berichtete:

»Es gibt noch weitere Vorwürfe gegen Scholz und die Bafin: Mitarbeiter der Bafin sollen selbst mit Wirecard-Aktien gehandelt haben. Zudem verklagte die Finanzaufsicht offenbar Journalisten, die über Ungereimtheiten bei Wirecard berichteten. Und am Ende behinderte das Finanzministerium die Aufklärung, weil es dem Untersuchungsausschuss zu spät die Akten zu den Vorgängen zur Verfügung stellte.«¹⁷¹

Und weiter:

»Bereits vor der Wirecard-Insolvenz soll es Hinweise von Steuerbeamten und der Bundesbank gegeben haben. Außerdem habe die Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen FIU einen Verdacht auf Geldwäsche bei Wirecard gemeldet. Die Bafin soll das nicht ausreichend untersucht haben. Auch die Commerzbank, die zuletzt wegen Geldwäscheworwürfen unter Druck geraten ist, stieß auf fragwürdige Transaktionen bei der Wirecard-Bank und ging auf Distanz. Scholz, soll schon 2019 über Ermittlungen der Finanzaufsicht bei Wirecard informiert worden sein. Die Opposition wirft ihm vor, dass er trotzdem nicht eingeschritten ist.«¹⁷²

Abschließend:

»Trägt Scholz die politische Verantwortung für den Wirecard-Skandal? Ja, sagen Kritiker. Sie werfen ihm vor, dass er in dem Fall nicht die Initiative ergriffen habe. Der Minister und das Finanzministerium hätten sich stattdessen auf die Seite der Kriminellen gestellt, lautet ein schwerer Kritikpunkt.«¹⁷³

Erst nach der Pleite von Wirecard reagierte der damalige Finanzminister Scholz und reformierte die Finanzaufsicht. Die politische Verantwortung für die Schädigung Tausender Kleinanleger übernahm er jedoch nicht.¹⁷⁴

Ein parlamentarischer Untersuchungsausschuss zu dem Fall verfasste nach neun Monaten Aufklärung einen mehr als 4.500 Seiten starken Abschlussbericht.

FDP-Finanzexperte Florian Toncar sagte: *»Scholz streut den Bürgern Sand in die Augen. Seine Fehlentscheidungen und sein Desinteresse haben den größten Betrugsfall unserer Zeit zugelassen.«¹⁷⁵*

Der CDU-Finanzpolitiker Matthias Heuer stellte fest: *»Die politische Verantwortung trägt Olaf Scholz«, die Fäden seien bei der Bonner Aufsichtsbehörde Bafin zusammengelaufen, die dem Finanzministerium*

unterstellt sei.¹⁷⁶ Kay Gottschalk von der AfD forderte den Rücktritt von Olaf Scholz. Die SPD verteidigte den damaligen Bundesfinanzminister hingegen.¹⁷⁷

So tropfte auch dieser Milliarden-Skandal von »Teflon-Scholz« ab.

»Justizverschwörung?« – Die FIU-Affäre (2021)

Scholz' Finanzministerium unterstand ebenfalls die Anti-Geldwäsche-Einheit »Financial Intelligence Unit« (FIU). Gegen Mitarbeiter der Behörde wurde 2021 ermittelt, weil sie Hinweise auf Terrorfinanzierung nicht rechtzeitig an Justiz und Polizei weitergeleitet haben sollen. Die Sondereinheit übersah 32 von 34 Geldwäscheverdachtsmeldungen.¹⁷⁸

Es gab sogar Durchsuchungen in Scholz' Ministerium. Dieser nannte die Aktion zuerst unnötig, dann streute sein Team, es sei eine Justiz-Verschwörung. Der damalige Finanzminister musste dann aber schließlich doch einräumen, dass er bis zum 20. September 2021 nie in der FIU-Zentrale in Köln gewesen war und deren Leiter, Christof Schulte, bis dahin noch nie getroffen hatte. Doch Scholz, als oberster Dienstherr der Behörde, saß die Berichte über die Missstände wiederum aus.¹⁷⁹



Wer im Glashaus sitzt ...

Wie wir gesehen haben: Trotz aller Skandale und Affären: An »Teflon-Scholz«¹⁸⁰ bleibt offenbar nichts haften.

Doch mein Großvater sagte mir über die Volksvertreter, als ich noch ein kleiner Junge war: »Wer so weit nach oben kommt, hat immer Dreck am Stecken«.

9

»Große Sprünge und Veränderungen« – DAS will Olaf Scholz!

Scholz über sich selbst:

*»Ich stehe für eine Gesellschaft, die vom gegenseitigen Respekt füreinander geprägt ist. Für ein Zukunftsprogramm, das die wichtigen technologischen und wirtschaftlichen Weichen stellen wird, um effektiv den Kampf gegen den Klimawandel zu führen. Das unsere Wirtschaft modernisiert und dafür sorgt, dass wir auch künftig technologisch an der Spitze stehen. Und ich kämpfe für ein souveränes und solidarisches Europa«.*¹⁸¹

Bei Anne Will prophezeite Olaf Scholz Ende Oktober 2021:

*»Wir haben einen ganz großen industriellen Umbau vor uns«, Chemie, Stahl, der Stromverbrauch der Bürger, alles mit erneuerbarer Energie, das sei »nicht eine niedliche Veranstaltung! (...) Das ist eine solche Modernisierung Deutschlands, wie sie wahrscheinlich am Ende des 19. Jahrhunderts das letzte Mal in dieser Dimension stattgefunden hat, als der ganz große industrielle Aufschwung Deutschlands stattfand«.*¹⁸²

Ebenfalls im Oktober 2021 gab Olaf Scholz dem SPIEGEL ein langes Interview.¹⁸² Darin enthüllte er vorab einiges über die Zukunftspläne der SPD und die seiner Kanzlerschaft.

Zu den Themen **Klima** und **Transformation** der Industrie sagte er:

- *»Die Fortschrittsvorstellungen der SPD haben mit Respekt und der industriellen Modernisierung zu tun, auch mit dem menschengemachten Klimawandel, den wir aufhalten wollen«.*
- *»Es geht um die notwendige Modernisierung unserer Industrie, damit wir in 10, 20, 30 Jahren noch gute Arbeitsplätze haben. Viele fürchten,*

dass wir irgendwann traurig auf den Wohlstand anderer Kontinente schauen (...) Deutschland muss den Aufbruch wagen, technologisch und industriell die Grundlagen für die Zukunft legen. Und es geht darum, in knapp 25 Jahren ein klimaneutrales Industrieland zu werden. Das kann neue Zuversicht schaffen«.

- *»Was die industrielle Modernisierung des Landes angeht, können wir ihn noch am ehesten vergleichen mit der Zeit am Ende des 19. Jahrhunderts, als es auch große Sprünge und Veränderungen gab«.*
- *»Wir stehen vor existenziellen Herausforderungen. Der Klimawandel beeinträchtigt nicht nur die Lebensqualität künftiger Generationen (...) Deshalb müssen wir Tempo machen und verstehen, dass die Erderhitzung nur durch eine andere Industriepolitik aufgehalten werden kann«.*

Das Ziel der Klimahysteriker ist auch Olaf Scholz' Ziel:

- *»Es reicht doch nicht aus, dass wir in Deutschland den Ausstoß klimaschädlicher Gase verringern. Dafür sind wir ein zu kleiner Teil der Weltbevölkerung. Wir müssen denen, die gern unseren Lebensstandard hätten, beweisen: Kohlekraftwerke sind immer die schlechtere Wahl. Die deutsche Volkswirtschaft, eine der leistungsfähigsten der Welt, zeigt, dass man Wohlstand und Klimaschutz vereinbaren kann«.*

Das klingt aufgrund rasant steigender Gas- Heizöl und Benzinpreise und der Inflation wie ein Hohn. Die Klimaneutralität soll also auf Teufel komm raus und ohne Rücksicht auf Verluste durchgesetzt werden. Klar dürfte jetzt auch dem letzten Realitätsverweigerer sein: Die Klimahysterie wird uns Wohlstand kosten und uns alle ärmer machen (siehe mein Buch → *»Kommt die Klima-Diktatur«?*).¹⁸⁴

Dessen ungeachtet vertritt auch Olaf Scholz das Hauptargument der Klimahysteriker und Klimaaktivisten. Auf die Frage, dass Deutschland *alleine* den Klimawandel doch gar nicht stoppen könne, antwortete er:

»Wir sind das Land, das die Technologien entwickelt, die dazu führen, dass das weltweit gelingt!«, nur so könne man etwa Afrika oder Asien davon abhalten, weiter auf die böse Kohle zu setzen.¹⁸⁵

Für Scholz & Co. scheint ihr *»Klima-Weg«* wohl der einzig richtige zu sein, nämlich jener, der die ganze Menschheit beglücken soll: Am deutschen Wesen soll die Welt genesen? Sind wir schon wieder soweit?

Dabei lässt Scholz außer Acht, dass wir in der Atomtechnologie einmal führend waren, jetzt die anderen Staaten aber ohne uns weitermachen,

da wir aus der Atomkraft *und* Kohle aussteigen. Das ist energiepolitisch gesehen Idiotismus pur!

Doch Robert Habeck, Co-Chef der Grünen, rief Olaf Scholz schon am 24. Oktober 2021 zum »Klimakanzler« aus,¹⁸⁶ obwohl die Koalitionsverhandlungen zu diesem Zeitpunkt noch gar nicht abgeschlossen waren.

In einem Interview mit der FAZ sagte Scholz:

- *»Ich habe ehrgeizige Ziele für unser Land (...) Machtpolitik allein reicht nicht. Die ist ja nichts wert, wenn man nichts will. Ich bin Politiker geworden, weil ich die Welt ein Stück besser machen will.«*¹⁸⁷

Auf seiner Homepage gibt Olaf Scholz Preis, was er und seine Partei möchten (Auszüge. Hervorhebungen durch mich):

Arbeit:

*»Wir haben den **Mindestlohn** eingeführt und wollen ihn noch im nächsten Jahr **auf 12 Euro erhöhen**. Wir wollen gute Tariflöhne für viel mehr Beschäftigte und bessere Bezahlung zum Beispiel für Pflegerinnen und Pfleger.*¹⁸⁸

*Die **Befristung von Arbeitsverhältnissen** ohne einen Sachgrund werden wir **abschaffen**. Wir vereinfachen die Möglichkeit, Tarifverträge für allgemeinverbindlich zu erklären, damit sie für alle Beschäftigten und Arbeitgeber*innen in einer Branche gelten. Wir wollen, dass sich möglichst viele an den Tarifverträgen beteiligen.«*¹⁸⁹

Kinder und Familien:

*»Wir machen das Leben der Familien leichter: mit einem **nach Einkommen gestaffelten Kindergeld**. Je **kleiner das Einkommen, desto höher das Kindergeld**. Wir ermöglichen Vätern bzw. dem oder der Partner*in zwei Wochen Elternschaftszeit und weiten den **Partnerschaftsbonus beim ElterngeldPlus** und die **erhöhten Kinderkrankentage von 20 Tagen pro Kind dauerhaft** aus. Wir schaffen gute und **beitragsfreie Kitas, ein Ganztagsangebot für Schulkinder und freie Fahrt in Bus und Bahn** im Nahverkehr.*¹⁹⁰

*Wir sorgen dafür, dass Jugendliche noch besser über ihre Zukunft in unserem Land mitentscheiden können, und **senken das Wahlalter von 18 auf 16 Jahre** ab.«*¹⁹¹

Mieten:

»Gegen Wohnungsmangel und zu hohe Mieten hilft am besten: Bauen. **400.000 Wohnungen pro Jahr** – davon 100.000 öffentlich gefördert, weil diese Mieterinnen und Mietern mit geringerem Einkommen zugutekommen.¹⁹²

Wo es nötig ist, werden wir in der Zwischenzeit einen **zeitlich befristeten Mietestopp** einführen. Das heißt: Mieten dürfen nur noch der Inflationsrate angepasst werden.¹⁹³

Wir sorgen dafür, dass **Bund, Länder und Kommunen öffentliches Eigentum an Grundstücken sichern und vermehren**, um die Spekulation mit Grund und Boden zu stoppen. Wir werden gesetzliche Regelungen dafür schaffen, dass der **CO2-Preis von den Vermieterinnen und Vermietern getragen** wird.«.¹⁹⁴

Klimaschutz:

»Den Klimawandel zu stoppen, ist eine Menschheitsaufgabe. **Ich will** deshalb, dass **Deutschland bis spätestens 2045 klimaneutral** wird. Die Lebensgrundlagen für kommende Generationen zu erhalten, Arbeitsplätze zu sichern und neue zu schaffen.¹⁹⁵

Das Ziel ist klar. Aber entscheidend ist, wie wir den Weg dorthin gehen. Denn es reicht nicht, sonntags einen hohen Anspruch zu formulieren, wenn wir montags nicht für die **nötigen Windräder** sorgen, für **Stromleitungen** oder für mehr **Ladesäulen für Elektroautos**.¹⁹⁶

Wir bekennen uns zum Pariser Klimaabkommen und werden dafür sorgen, dass unser **Leben, Arbeiten und Wirtschaften** spätestens **ab 2045** keine negativen Auswirkungen mehr auf unser Klima hat. Wir wollen einen Zukunftspakt zwischen Bund, Ländern und Kommunen, in dem wir **verbindliche Ausbauziele für erneuerbare Energien wie Sonne, Wind und Geothermie vereinbaren und umsetzen**.¹⁹⁷

Wir werden Deutschland bis 2030 zum Leitmarkt für Wasserstofftechnologien machen und den **Klimaschutz** durch gezielte Investitionen in Infrastruktur und Innovationen auch in unseren großen Industriebranchen zum **Jobmotor für unser Land** machen.¹⁹⁸

Wir **schaffen die Umlage auf den Strompreis**, die derzeit noch alle für den Ausbau der erneuerbaren Energien zahlen, **bis 2025 ab und finanzieren sie aus dem Bundeshaushalt**, wodurch die Strompreise deutlich sinken. Den neu **eingeführten Preis auf den Verbrauch von CO2**

für Heizkosten (Öl und Gas) sollen in Zukunft die Vermieter zahlen.
Nur sie können in klimafreundliche Technologien investieren«. ¹⁹⁹

Renten:

»Wir wollen ein **dauerhaft stabiles Rentenniveau von mindestens 48 Prozent.** Der beste Weg, die Renten stabil zu halten, ist, dass möglichst viele Bürgerinnen und Bürger zukunftssichere, sozialversicherte und gut bezahlte Arbeitsplätze haben. Dafür werden wir sorgen. Wir wollen, dass **alle Berufe der gesetzlichen Rentenversicherung angehören** – auch Selbstständige, Beamtinnen und Beamte oder Politikerinnen und Politiker«. ²⁰⁰

Koalitionsvertrag vom 24. November 2021:

Im Koalitionsvertrag zwischen der SPD, FDP und den Grünen wurde vereinbart, dass der sogenannte »Nachholfaktor« bei der Rente ab 2022 wieder eingeführt werden soll. Das heißt im Klartext: Die zukünftigen Rentenanpassungen werden deutlich kleiner ausfallen. ²⁰¹

Auch der Kohleausstieg soll um acht (!) Jahre *vorgezogen* werden. Das bedeutet: Höhere Energie- und Spritpreise. ²⁰²

Der Mindestlohn soll auf 12 Euro festgelegt werden. ²⁰³

Öko-Sozialist Scholz und die Grünen haben durchgesetzt, dass künftig neue Gesetze auf ihre »Klimawirkung« und die Vereinbarkeit mit den Klimazielen geprüft werden. Nach eigenem Anspruch will die Ampel aus der »sozialen Marktwirtschaft« in die »sozial-ökologische Marktwirtschaft« führen. ²⁰⁴ Die Klima-Hysterie wird sich also weiter verschärfen.

Mein Fazit:

Höherer Mindestlohn: Das bedeutet für viele Kleinunternehmen und kleine Dienstleister, wie z. B. Bäckereien, Friseure, etc., dass sie sich kein zusätzliches Personal mehr leisten können.

Befristung von Arbeitsplätzen abschaffen: Gerade kleinere und mittlere Unternehmen (KMU) werden dadurch ihrer Flexibilität beraubt. Im Endergebnis werden sie lieber niemanden einstellen und mit dem vorhandenen Personal Überstunden schieben, als jemanden langfristig »an der Backe« zu haben, den sie nicht bezahlen können, wenn die Stoßzeiten vorbei sind.

Je kleiner das Einkommen, desto größer das Kindergeld: Gerade Zuwandererfamilien dürfte dies zugutekommen. Ebenso stellt sich die berechnete Frage, ob man durch die Anzahl der Kinder letztendlich mehr staatliche Alimentierung bekommen kann, als wenn man einen Beruf (Teilzeit, etc.) annimmt.

Wahlalter von 18 auf 16 Jahre senken: Klar ist, dass viele junge Leute rot-grün-linke Parteien wählen. Deshalb wäre diese Maßnahme ein weiterer Todesstoß für die künftigen Wahlergebnisse der konservativen Parteien.

Zeitlich befristeter Mietenstopp: Ein planwirtschaftlicher Eingriff in den Markt, der Vermieter entmündigt.

Der CO₂-Preis soll nur noch von den Vermieterinnen und Vermietern getragen werden: Viele werden sich deshalb überlegen, ob sie ihre Immobilien überhaupt noch zur Vermietung bereitstellen sollen.

Öffentliches Eigentum an Grundstücken sichern und vermehren: Dies geht im Zweifelsfall nur mit Enteignungen (siehe → Michael Grandt: Vorsicht Enteignung, Rottenburg 2020).

Klimaneutralität bis 2045: Leben, Arbeiten, Wirtschaften, alles muss sich unterordnen. Windräder, Stromtrassen, E-Autos, Ladesäulen. Für den Bau dieser Vorhaben wird in gigantischer Weise in die Natur eingegriffen werden müssen und dadurch noch nicht absehbare Umweltschäden verursacht.

Klimaschutz soll Jobmotor werden: Diese Lüge wird von allen Klimahysterikern verbreitet. In Wirklichkeit wird es schwierig sein aus einem 50jährigen Kohlebergwerkkumpel einen IT-Spezialisten zu machen. Anderes Beispiel: Für den Bau von E-Autos wird weit weniger Personal benötigt als bei herkömmlichen Fahrzeugen. Eine hohe Arbeitslosigkeit bei einfach qualifizierten Menschen wird die Folge sein.

Abschaffung der Umlage auf den Strompreis: Wieder ein Ammenmärchen, denn das soll dann durch den Bundeshaushalt finanziert werden, d.h. aus den Steuern von allen! Logische Folge: Die Strompreismulage wird zwar abgeschafft, aber die Steuern steigen. Linke Tasche, rechte Tasche.

Dauerhaft stabiles Rentenniveau von 48 Prozent: Das ist eine Verhöhnung der hart arbeitenden Menschen. Überall in Europa, auch in den de facto bankrotten Ländern wie Frankreich oder Griechenland (die wir mehrheitlich mit unseren Steuergeldern durch die EU alimentie-

ren), können die Menschen früher in Rente gehen und bekommen weit mehr Altersruhegeld. Zudem ist unser Umlagesystem der Gesetzlichen Rentenversicherung seit Jahrzehnten gescheitert. Jetzt schon müssen jährlich über 100 Milliarden Steuergelder hineingepumpt werden, damit die Rentner noch jeden Monat ihr Geld überwiesen bekommen. Die gesetzliche Rente liegt im Sterben! Dieses System noch aufrechtzuerhalten ist höchst fahrlässig und es kann auch nicht dadurch gerettet werden, dass *alle* einzahlen sollen. Denn: Wenn mehr einzahlen, muss auch mehr ausbezahlt werden. Da kann auch der Anteil in eine »Aktienrente« nicht mehr viel helfen.

10

Enteignungen, Vermögenssteuer, Baugebote – WAS kommt mit Olaf Scholz?

Koalitionsvertrag hin oder her. In der neuen Legislaturperiode drohen uns nicht nur die oben erwähnten Maßnahmen, sondern noch viel Weiterreichendere. Ich habe einmal zusammengestellt, was Scholz und seine SPD in der jüngsten Vergangenheit so alles gefordert haben. Aus der Vergangenheit kann man nämlich für die Zukunft lernen.

Enteignungen

Auch wenn nicht aktiv von Steuererhöhungen gesprochen wird,²⁰⁵ durch die Hintertür werden sie kommen – garantiert! Denn die Corona-Schulden können nicht auf dem »normalen« Weg getilgt werden, ganz zu schweigen von den gigantischen Kosten für die Klimahysterie, die Migration und die Einwanderung, die noch auf uns zukommen werden.

Ein Vorgeschmack, was uns blühen könnte, gaben die SPD-»Oberen« bereits. Dabei waren auch Enteignungen kein Tabu-Thema. Allen voran die damalige Bundesjustizministerin Christine Lambrecht, die in der SPD den Parlamentarischen Linken angehört.²⁰⁶ Sie hatte sich schon 2019 in der Debatte um Enteignungen privater Wohnungsunternehmen zu Wort gemeldet. Die damals höchste »Rechtsvertreterin« hielt Enteignungen privater Wohnungsunternehmen unter bestimmten Voraussetzungen für angebracht:

»Die Enteignung ist eine Möglichkeit, die im Grundgesetz verankert ist. Ich glaube, dass sie immer die Ultima Ratio – das letzte Mittel – sein muss (...).«²⁰⁷

Auch für SPD-»Miesepeter« Ralf Stegner könnten Enteignungen ein *»Notwehrrecht gegen Marktradikalismus für einen handlungsfähigen Staat«* sein.²⁰⁸ Im gleichen Atemzug forderte er auch noch eine *»Bodengewinnsteuer«²⁰⁹* (siehe unten).

SPD-Urgestein Hans-Jochen Vogel schrieb in seinem Buch *»Mehr Gerechtigkeit«²¹⁰* dass *»Grund und Boden keine beliebige Ware [sei], sondern eine Grundvoraussetzung menschlicher Existenz. Boden ist unvermehrbar und unverzichtbar. Er darf daher nicht dem unübersehbaren Spiel der Marktkräfte und dem Belieben des Einzelnen überlassen werden«*. Mehr als andere Güter müsse der Boden deshalb in den Dienst des Allgemeinwohls gestellt werden. Denn er sei eine wesentliche Grundlage der Daseinsvorsorge.²¹¹ Sofern Grund und Boden *»wohnungsrelevant«* ist, will Vogel diesen *»in den Allgemeinwohlsbereich überführen«²¹²*.

Das bedeutet im Klartext: Das Eigentum an Grund und Boden soll in einem größeren Umfang als bisher an die Gemeinden übergehen. Das könne geschehen, so Vogel, indem die Kommunen Grundstücke von Bund und Ländern erhalten, Boden ankaufen und notfalls auch enteignen (mit einer preislimitierten Entschädigung für die bisherigen Eigentümer).²¹³

Für die SPD-Mit-Vorsitzende Saskia Esken sind Enteignungen und Vergesellschaftungen ebenfalls mögliche Instrumente zur Schaffung einer gerechteren Gesellschaft:

»In unserem Grundgesetz ist angelegt, dass sowohl Enteignung als auch Vergesellschaftung Mittel sind, die dem Staat und der Gesellschaft an die Hand gegeben werden, um den verantwortlichen Umgang mit Eigentum zu gewährleisten. Wären das komplett spinnerte Ideen, würden sie nicht in unserer Verfassung stehen.«²¹⁴

Baugebote

Durch ein Baugebot, welches im Baugesetzbuch festgelegt ist, kann eine zuständige Gemeinde den Eigentümer durch einen Bescheid verpflichten, mit dem Bau entsprechend dem Bebauungsplan zu beginnen.²¹⁵

Baugesetz § 176 (1):

»Im Geltungsbereich eines Bebauungsplans kann die Gemeinde den Eigentümer durch Bescheid verpflichten, innerhalb einer zu bestimmenden angemessenen Frist

- 1. sein Grundstück entsprechend den Festsetzungen des Bebauungsplans zu bebauen,*
- 2. ein vorhandenes Gebäude oder eine vorhandene sonstige bauliche Anlage den Festsetzungen des Bebauungsplans anzupassen oder*
- 3. sein Grundstück mit einer oder mehreren Wohneinheiten zu bebauen, wenn in dem Bebauungsplan Wohnnutzungen zugelassen sind und wenn es sich um ein nach § 201a bestimmtes Gebiet mit einem angespannten Wohnungsmarkt handelt. Dabei kann die Gemeinde auch ein den Festsetzungen des Bebauungsplans entsprechendes Maß der Nutzung anordnen«.²¹⁶*

Vorbei ist es dann mit der *freien* Entscheidung, was der Eigentümer mit seinem Grundstück oder mit seinem Gebäude anstellen will. Das Grundstück soll später für die Kinder »aufgehoben« werden, die das dann so bebauen, wie sie es wollen? Geht nicht, wenn die Gemeinde schon zuvor ein Baugebot ausspricht (siehe dazu ausführlich → Michael Grandt: Vorsicht Enteignung, Rottenburg 2019).

Beispiele für die Anwendung des Baugebotes gibt es bereits. So etwa – na klar – im »grünen« Tübingen: Anfang Dezember 2019 stimmte der Gemeinderat mit deutlicher Mehrheit – 26 zu zehn Stimmen – für ein Baugebot. Alle Fraktionen (AL/Grüne; SPD; Tübinger Liste; Die Linke und auch die CDU und die FDP)²¹⁷ trugen das Baugebot von Tübingens Oberbürgermeister Boris Palmer²¹⁸ mit. Somit hatte der Grüne auch die Rückendeckung der Sozialdemokraten für sein Vorhaben, Eigentümer von brachliegenden Grundstücken zum Bauen zu *zwingen*.²¹⁹

Die damalige SPD-Justizministerin Christine Lambrecht zeigte sich auch offen für die Einführung einer Baupflicht, wie sie im grün regierten Tübingen gilt:

»Wir müssen prüfen, ob das geltende Baugebot ausreicht. Eine Baupflicht nach dem Tübinger Modell kann eine Möglichkeit sein, Menschen mit Baugrundstücken zum Handeln zu bewegen«.²²⁰

Und der bereits oben angesprochene Hans-Jochen Vogel fordert, dass Kommunen künftig ermöglicht werden solle, eine »Wohnungssatzung« zu erlassen. Das bedeutet im Klartext: Gemeinden könnten für alle Grundstücke innerhalb eines solchen Satzungsgebietes ohne weitere Prüfungen ein Baugebot anwenden – die Eigentümer würden also dazu gedrängt (ich sage »gezwungen«), auf baureifen Grundstücken auch tatsächlich Wohnungen zu errichten.²²¹

Bodenwertzuwachssteuer

Das nächste SPD-Horrorinstrument für Eigentümer ist die Bodenwertzuwachssteuer, die ebenfalls schon eifrig diskutiert wird. Eifrig dabei ist wieder Hans-Jochen Vogel. Seiner Ansicht nach ist es ein Gebot der Gerechtigkeit, dass solche Gewinne zum Wohl der Allgemeinheit »abgeschöpft« werden. Daher plädiert er zum einen dafür, die Zehnjahresfrist zu streichen. Denn bisher werden selbst rein spekulative Verkaufserlöse nur über die Einkommenssteuer besteuert, wenn das Grundstück innerhalb von zehn Jahren weiterverkauft wird.²²²

Auch die SPD-Vorsitzenden Norbert Walter-Borjans und Saskia Eskens sprachen sich für eine solche Steuer aus.²²³ Auf beide Maßnahmen hatte sich die SPD bereits auf ihrem Parteitag im Dezember 2019 verständigt, was bedeutet, die Genossen wollen der Spekulation mit Boden einen Riegel vorzuschieben. Im Parteitagsbeschluss ist folgendes zu lesen:

*»Die Spekulationsgewinne werden wir abschöpfen, leerstehende Wohnungen zwangsweise vermieten«. Wer trotz aller Maßnahmen und Aufforderungen nicht baue, »den werden wir als letzte Möglichkeit über Baugebote dazu verpflichten, seinen Teil zur Wohnraumversorgung beizutragen«.*²²⁴

Baugebote, Zwangsvermietungen, Bodenzuwachssteuer und Enteignungen stoßen in der Scholz-SPD also auf offene Ohren.

Weitere Ideen, den Bürgern doch noch das Geld aus der Tasche ziehen:

- **Erhöhung der Einkommenssteuer, bzw. des Spitzensteuersatzes** von 42 auf 45 Prozent.²²⁵ Die SPD hatte auch schon an 49 Prozent gedacht.²²⁶ Dabei zahlen schon immer mehr Arbeitnehmer den für Topverdiener gedachten Spitzensteuersatz von 42 Prozent, obwohl sie kaum mehr Lohn als der Durchschnitt erhalten.²²⁷

- **Erhöhung der Abgeltungsteuer** für private Kapitaleinkünfte (Zinsen, Dividenden, Wertpapiere) von 25 auf 32 Prozent.²²⁸
- Eine **Reichensteuer**, wie sie Arbeitsminister Heil (SPD) auf den Tisch brachte.²²⁹
- Eine **Vermögensabgabe**, wie von der SPD-Vorsitzenden Saskia Esken vorgeschlagen.²³⁰
- **Lastenausgleich**, wie ihn Sigmar Gabriel (SPD) im Frühjahr 2020 schon mal ins Gespräch brachte.²³¹
- **Erhöhung der Tabaksteuer**, was Olaf Scholz (SPD) bereits vorgeschlagen hatte.²³²
- **Wiedereinführung der Vermögenssteuer** (nicht zu verwechseln mit der Vermögensabgabe).²³³
- **Weitere Erhöhung der Grunderwerbssteuer.** Die meisten Bundesländer haben diese bereits von 3,5 Prozent auf 5 Prozent erhöht und dadurch 6,4 Milliarden Euro mehr Steuereinnahmen generiert. Eine weitere Erhöhung hat die SPD in Frankfurt bereits angedacht.²³⁴
- Eine **»Bodengewinnsteuer«** wie Ralf Stegner (SPD) anregte (siehe oben).²³⁵

Die SPD und Olaf Scholz stehen also für:

- Die Übernahme des CO₂-Preises von Vermieterinnen und Vermietern.
- Klimaneutralität bis 2045, der sich das Leben, Arbeiten und Wirtschaften unterordnen muss.
- Bau von Windrädern, Stromtrassen, E-Autos, Ladesäulen und dadurch Umweltschäden in und an der Natur.
- Steuererhöhungen.
- Neue Steuern.
- Lastenausgleich.
- Baugebote.
- Enteignungen.

Olaf Scholz sagte schon im Frühsommer 2020, die Bürger, die *»sehr, sehr viel verdienen, sollten einen etwas höheren Beitrag leisten. Das bleibt unser Ziel (...).«*²³⁶

Bei *Anne Will* Ende Oktober 2021 brüstete sich Scholz stolz: *»Die Abschaffung des Soli für die Reichen habe ich verhindert.«*²³⁷ und ora-

kelte: »Wir werden nicht alle Probleme allein mit Steuergeld lösen können«,²³⁸ Ein Schelm, der Böses dabei denkt!

Sie erkennen: Planwirtschaft, Kontrolle, Regulierungen, Bevormundung, Steuererhöhungen. Das ist das eigentliche Programm von Olaf Scholz.



Die Vergangenheit wird Scholz noch einholen

Fazit: Wird Olaf Scholz der schwächste Kanzler aller Zeiten?

Ich habe es schon in der Einleitung erwähnt: Die SPD, die nun den Kanzler stellt, wurde nur mit 25,7 Prozent der Stimmen gewählt. Zwei Drittel (!) der Wähler sprachen sich also **gegen** die Partei des Kanzlers der Genossen aus. Ein Votum, das zu denken geben sollte. Denn 75 Prozent wollen die Sozis nicht und dennoch stellen sie den mächtigsten Mann der Republik. Ein gefundenes Fressen für Demokratiekritiker.

Zugleich ist die SPD-Fraktion so weit nach links gerückt, wie seit Jahrzehnten nicht mehr, denn fast ein Viertel sind Jusos, die den jetzt gemäßigteren, aber doch auch ehemaligen Hardcore-Juso Olaf Scholz bei bestimmten Themen vor sich herreiben können. Gleichzeitig müsste er mit einem sehr fragilen Dreierbündnis regieren.

Das alles spricht nicht gerade für eine stabile Regierung und vor allem nicht für einen starken Kanzler. Im Gegenteil. Olaf Scholz kann der »schwächste Kanzler aller Zeiten« werden. Das stellte auch DER SPIEGEL in einem Interview fest: *»Sie werden der schwächste Kanzler sein, den Deutschland je hatte«.*²³⁹

Olaf Scholz antwortete auf seine Weise: *»Nö«.*²⁴⁰

»Olaf Scholz wird uns alle ärmer machen!«

(Michael Grandt)

Über den Autor:



Dr. h.c. Michael Grandt (Jahrgang 1963) arbeitet seit 1992 als investigativer Journalist, Publizist und Fachberater für die Themenbereiche Wirtschaft, Finanzen und Zeitgeschichte. Er hat an zahlreichen Fernsehreportagen u.a. für die britische *BBC*, den kanadischen *Channel 4*, den österreichischen *ORF* und die deutschen Sender *RTL*, *SAT 1* und *PRO 7* mitgearbeitet und ist in vielen TV-Talkshows als Experte aufgetreten.

Michael Grandt hat über 5000 Fachcontents verfasst und bisher 34 Bücher publiziert. Die verkaufte Gesamtauflage beträgt über 600.000 Exemplare. Seine Bücher standen bisher über hundert Mal auf den deutschen und österreichischen Bestsellerlisten, wie auf denen von *Spiegel*, *Focus*, *Stern*, *Manager Magazin* und *Handelsblatt*.

Im Jahr 2005 wurde Michael Grandt die Staufermedaille für besondere Verdienste um das Land Baden-Württemberg verliehen. 2011 wurde er mit der Ehrendoktorwürde der staatlichen rumänischen Universität Pitești für »angewandte Journalismus-Wissenschaften« im Bereich der investigativen Recherche geehrt.

2014 wurde sein Artikel »Warum gibt es Aktiengesellschaften?« in das Schulbuch »Startup – Wirtschaft und Recht für das Gymnasium Band 1« des C.C. Buchner Verlages in Bamberg aufgenommen.

Sein 2019 veröffentlichter Roman »Das Merkel-Attentat« (mit Alexander Strauß) und seine mehrbändige Sachbuch-Reihe »Adolf Hitler, eine Korrektur – was Ihnen die Geschichts- und Schulbücher verschweigen« (ab 2019) sowie »Ohne SPD wäre Hitler nicht an die Macht gekommen« (2021) und »Junge globale Führerin. Annalena Baerbock: Wer sie ist. Wer sie steuert. Was sie will« (2021) sorgten für Empörung beim Mainstream.

Weitere Bücher von Michael Grandt:

<http://www.michaelgrandt.de/meine-buecher/>

Kostenloser Newsletter/Blog von Michael Grandt:

<http://www.michaelgrandt.de/>

Telegram:

<https://t.me/MGrandt>

**In diesem packenden Buch lesen Sie, was die »Genossen«
unbedingt verschweigen wollen!**



Ohne SPD wäre Hitler nicht an die Macht gekommen!

Fakten – Belege – Dokumente

Die SPD feiert sich seit über 80 Jahren als angebliches »Bollwerk gegen Rechts« und als einzige Partei, die sich Adolf Hitler in den Weg gestellt hatte. Aber genau das Gegenteil war der Fall! In diesem aufsehenerregenden Buch entlarvt Bestsellerautor Michael Grandt diese Partei- und Mainstreampropaganda als eine der größten politischen Unwahrheiten der deutschen Geschichte.

Der Autor beleuchtet mit neuen Fakten, Dokumenten und Zeugenaussagen, was Ihnen offiziell verschwiegen wird: Die SPD hat die Weimarer Demokratie vorsätzlich aufs Spiel gesetzt und so Hitlers Diktatur erst den Weg bereitet. Die Partei gab sich kampfflos hin und biederte sich den Nationalsozialisten später sogar regelrecht an. Schonungslos zerlegt Grandt den SPD-Mythos als engagierte Kämpfer gegen den Nationalsozialismus und enthüllt viele weitere Tatsachen, die offiziell verschwiegen und vertuscht werden.

Was Grandt zum Vorschein bringt, widerspricht der offiziellen Darstellung fundamental, ist aber mit über 1.000 Quellen (viele von der SPD selbst) für jeden Leser leicht nachvollziehbar.

Michael Grandt will wachrütteln und stellt die Partei-Beweihräucherung schonungslos an den Pranger. Nach dem Lesen dieses Buches werden Sie das Verhalten der SPD zwischen 1918 und 1933 aus einer nie gekannten Sicht beurteilen können! +++ Mit Namensliste: Ehemalige Nationalsozialisten als spätere SPD-Politiker +++

Kein Historiker hat es bisher gewagt, dieses Tabu-Thema anzugehen!
Ein journalistisches Meisterwerk von Dr. h. c. Michael Grandt.

Preis 22,90 Euro

Sachbuch, Gebunden, 342 Seiten

ISBN: 978-3-910087-23-1

Hier bestellen:

Die Deutschen Konservativen

Beethovenstraße 60 – 22083 Hamburg

Tel: 040 – 299 44 01 – Fax: 040 – 299 44 60

E-Mail: info@konservative.de

So schützen Sie sich vor dem Corona-Staatsbankrott



Konservativer Vermögensschutz in schwierigen Zeiten

Corona hat uns nach wie vor fest im Würgegriff. Die wirtschaftlichen Folgen treten mehr und mehr in den Vordergrund, denn die Pandemie hat jetzt schon größeren Schaden angerichtet als die Krise 2008/2009. Und es wird immer schlimmer! Die finanzpolitischen Parameter sprechen für einen mittelfristigen deutschen Staatsbankrott. Was bisher undenkbar war, könnte sich in den nächsten fünf bis zehn Jahren leider bewahrheiten.

Michael Grandt ist kein Theoretiker, sondern war Finanz- und Vermögensberater mit jahrzehntelanger praktischer Erfahrung. Profitieren Sie jetzt von seinem tiefen Hintergrundwissen! Der Autor gibt Ihnen in seiner Broschüre unbezahlbare Ratschläge und gleich umsetzbare Tipps, wie Sie Ihr Erspartes schützen können.

Erfahren Sie wie »krisenresistente« Aktien überhaupt definiert werden; ob die eigene Immobilie noch einen Schutz bietet; ob ein Goldverbot kommen wird; warum Papier-Edelmetalle mit Vorsicht zu genießen sind; weshalb vermietete Immobilien jetzt ein Risiko darstellen; welche bisher unbeachteten Sachwertalternativen es gibt, und vieles mehr.

Dr. h.c. Michael Grandt zeigt in zahlreichen Beispielen wie Ihr ganz persönliches »Pandemiemanagement« und Ihr eigenes Krisenportfolio aussehen kann, mit dem Sie sicher durch schwere Zeiten kommen können. Mit 30 Praxistipps und Checkliste! Jetzt kostenlos und ohne jegliche Verpflichtung bestellen.

Kostenlose Broschüre, 82 Seiten

Hier bestellen:

Die Deutschen Konservativen

Beethovenstraße 60 – 22083 Hamburg

Tel: 040 – 299 44 01 – Fax: 040 – 299 44 60

E-Mail: info@konservative.de

Endnoten/Quellen:

- ¹ Konrad Hermann Joseph Adenauer (1876-1967) war von 1949-1963 der erste Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland (vgl. u.a.: Werner Biermann: Konrad Adenauer. Ein Jahrhundertleben, Berlin 2017; Hans-Peter Schwarz: Adenauer. Band 1: Der Aufstieg 1876–1952, Stuttgart 1986; Hans-Peter Schwarz: Adenauer. Band 2: Der Staatsmann 1952–1967, 1991).
- ² Ludwig Wilhelm Erhard (1897-1977), gilt als Vater des »deutschen Wirtschaftswunders« und der sozialen Marktwirtschaft; von 1957-1963 Vizekanzler; von 1963-1966 der zweite Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland (vgl. u.a.: Volker Hentschel: Ludwig Erhard. Ein Politikerleben, München 1996; Alfred C. Mierzejewski: Ludwig Erhard – der Wegbereiter der sozialen Marktwirtschaft, München 2005).
- ³ <https://web.de/magazine/politik/thema/olaf-scholz>
- ⁴ DER SPIEGEL 41/21, S. 24
- ⁵ <https://olaf-scholz.spd.de/ueber-mich/>
- ⁶ DER SPIEGEL 41/21, S. 24
- ⁷ Ebd.
- ⁸ <https://bekassinenau.hamburg.de/>
- ⁹ <https://www.bild.de/politik/2011/buergermeisterwahlen-hamburg/olaf-scholz-wer-ist-der-mann-der-jetzt-hamburg-regieren-wird-16081900.bild.html>
- ¹⁰ DER SPIEGEL 41/21, S. 26.
- ¹¹ <https://www.zimmermann-scholz.de/>
- ¹² <https://www.zimmermann-scholz.de/Die-Anwaelte/Olaf-Scholz>
- ¹³ <https://web.archive.org/web/20110828195415/http://www.britta-ernst.de/>
- ¹⁴ <https://www.maz-online.de/Brandenburg/100-Tage-im-Amt-das-will-die-Bildungsministerin>; <https://mbjs.brandenburg.de/wir-ueber-uns/ministerin-ernst.html>
- ¹⁵ <https://www.kmk.org/>
- ¹⁶ DER SPIEGEL 41/2021, S. 25.
- ¹⁷ Ebd.
- ¹⁸ Ebd.
- ¹⁹ Ebd.
- ²⁰ Das attestiert sogar DER SPIEGEL dem damaligen Scholz (Ausgabe 41/2021, S. 25).
- ²¹ Vgl.: Wladimir Iljitsch Lenin: Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus – Gemeinverständlicher Abriss (http://www.mlwerke.de/le/le22/le22_189.htm).
- ²² Wladimir Iljitsch Lenin (1870-1924), kommunistischer Politiker und Revolutionär sowie marxistischer Theoretiker, Vorsitzender der Bolschewiki-Partei und der aus ihr hervorgegangenen Kommunistischen Partei Russlands (KPD), Regierungschef der Russischen SFSR (1917–1924) und Begründer der Sowjetunion.
- ²³ Lenin-Werke, Band 13, Berlin 1982, S. 436; sowie: Lenin-Werke, Band 22, Berlin 1982, S. 270 f.; ebenso: Lenin-Werke, Band 25, Berlin 1982, S. 370)
- ²⁴ Vgl.: Joachim Raschke: Innerparteiliche Opposition. Die Linke in der Berliner SPD, Hamburg 1974, S. 402.; Herforder Thesen. Zur Arbeit von Marxisten in der SPD, Berlin, 1980.
- ²⁵ https://www.zeit.de/2003/12/Vom_Stamokap_zum_Kinderbett/seite-2?utm_referrer=https%3A%2F%2Fde.wikipedia.org%2F

- ²⁶ Martin Greive/Jan Hildebrand/Christian Rickens/Klaus Stratmann: Olaf Scholz – ein kritisches Porträt über den Kanzlerkandidaten der SPD (<https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/kann-er-kanzler-olaf-scholz-ein-kritisches-portraet-ueber-den-kanzlerkandidaten-der-spd/26106816.html?ticket=ST-12318427-GVb5iwy-2CPIdT2QUAnoq-ap4>).
- ²⁷ <https://www.spiegel.de/wirtschaft/rueckkehr-eines-bauernopfers-a-34c09594-0002-0001-0000-000054076837?context=issue>
- ²⁸ Martin Greive/Jan Hildebrand/Christian Rickens/Klaus Stratmann: Olaf Scholz – ein kritisches Porträt über den Kanzlerkandidaten der SPD (<https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/kann-er-kanzler-olaf-scholz-ein-kritisches-portraet-ueber-den-kanzlerkandidaten-der-spd/26106816.html?ticket=ST-12318427-GVb5iwy-2CPIdT2QUAnoq-ap4>).
- ²⁹ spw 16/September 1982, S. 289ff. (<https://www.spw.de/data/spw016.pdf>).
- ³⁰ Ebd.
- ³¹ spw 19/Juni 1983, S. 213ff. (<https://www.spw.de/data/spw019.pdf>).
- ³² Ebd.
- ³³ DER SPIEGEL 41/21, S. 24
- ³⁴ Vgl.: Jan Hansen: Abschied vom Kalten Krieg? Die Sozialdemokraten und der Nachrüstungsstreit (1977–1987), Berlin 2016.
- ³⁵ https://www.focus.de/politik/deutschland/bundestagswahl/gastbeitrag-von-hubertus-knabe-partner-im-friedenskampf-jungsozialistische-ausfluege-in-die-ddr-im-ersten-leben-des-olaf-scholz_id_24256554.html
- ³⁶ Ebd.
- ³⁷ https://www.focus.de/politik/deutschland/bundestagswahl/gastbeitrag-von-hubertus-knabe-partner-im-friedenskampf-jungsozialistische-ausfluege-in-die-ddr-im-ersten-leben-des-olaf-scholz_id_24256554.html
- ³⁸ Ebd.
- ³⁹ Ebd.
- ⁴⁰ Deutsche Kommunistische Partei.
- ⁴¹ https://www.focus.de/politik/deutschland/bundestagswahl/gastbeitrag-von-hubertus-knabe-partner-im-friedenskampf-jungsozialistische-ausfluege-in-die-ddr-im-ersten-leben-des-olaf-scholz_id_24256554.html
- ⁴² Ebd.
- ⁴³ Ebd.
- ⁴⁴ Ebd.
- ⁴⁵ Ebd.
- ⁴⁶ Ebd.
- ⁴⁷ Ebd.
- ⁴⁸ Die Junge Welt, das Organ der FDJ berichtete am 5. Januar 1984 ebenfalls darüber und zeigte ein Foto von der Runde.
- ⁴⁹ https://www.focus.de/politik/deutschland/bundestagswahl/gastbeitrag-von-hubertus-knabe-partner-im-friedenskampf-jungsozialistische-ausfluege-in-die-ddr-im-ersten-leben-des-olaf-scholz_id_24256554.html
- ⁵⁰ Ebd.
- ⁵¹ <https://www.swr.de/swr2/wissen/archivradio/591987-juso-vize-olaf-scholz-bei-der-manifestation-der-jugend-in-der-ddr-100.html>

- 52 https://www.focus.de/politik/deutschland/bundestagswahl/gastbeitrag-von-hubertus-knabe-partner-im-friedenskampf-jungsozialistische-ausfluege-in-die-ddr-im-ersten-leben-des-olaf-scholz_id_24256554.html
- 53 Ebd.
- 54 Ebd.
- 55 Ebd.
- 56 <https://www.spiegel.de/wirtschaft/rueckkehr-eines-bauernopfers-a-34c09594-0002-0001-0000-000054076837>
- 57 <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/interview-mit-olaf-scholz-die-cdu-ist-nicht-mitte-sie-waere-es-gerne-1492267-p2.html>
- 58 DER SPIEGEL 41/21, S. 26.
- 59 Ebd.
- 60 Ebd.
- 61 Ebd.
- 62 Ebd.
- 63 Ebd.
- 64 DER SPIEGEL 41/21, S. 26f.
- 65 Ebd.
- 66 Ebd.
- 67 Ebd.
- 68 Ebd.
- 69 Ebd.
- 70 Ebd.
- 71 <https://www.bilderbergmeetings.org/>
- 72 <https://www.bilderbergmeetings.org/background/steering-committee/steering-committee>
- 73 <https://de.scribd.com/user/236633841/bilderbergboys>
- 74 <https://search.wikileaks.org/advanced?query=bilderberg>
- 75 <https://www.heise.de/tp/features/Bilderberg-Die-Forschung-zu-Bilderberg-steckt-noch-in-den-Kinderschuhen-3373556.html>
- 76 Ebd.
- 77 <https://www.heise.de/tp/features/Bilderberg-Die-Forschung-zu-Bilderberg-steckt-noch-in-den-Kinderschuhen-3373556.html>
- 78 <https://www.heise.de/tp/features/Bilderberg-Die-Forschung-zu-Bilderberg-steckt-noch-in-den-Kinderschuhen-3373556.html>
- 79 Ebd.
- 80 <https://www.heise.de/tp/features/Bilderberg-Die-Forschung-zu-Bilderberg-steckt-noch-in-den-Kinderschuhen-3373556.html>
- 81 <https://www.bilderbergmeetings.org/meetings/meeting-2016/participants-2016-1>
- 82 <https://publicintelligence.net/2014-bilderberg-participant-list/>
- 83 https://www.lobbycontrol.de/wp-content/uploads/download/Bilderberg2008_Teilnehmerliste.pdf
- 84 <https://de.scribd.com/document/169382128/Bilderberg-Meetings-Conference-Report-2002>
- 85 <https://web.archive.org/web/20120601010758/http://www.bilderbergmeetings.org/participants2012.html>
- 86 <https://web.archive.org/web/20150623005615/http://www.bilderbergmeetings.org/participants2015.html>

87 <https://www.bilderbergmeetings.org/meetings/meeting-2016/participants-2016-1>

88 <https://web.archive.org/web/20180922185534/http://www.bilderbergmeetings.org/participants2018.html>

89 <https://de.euronews.com/2019/05/28/wer-sind-die-130-teilnehmer-des-geheimen-bilderberg-treffens>

90 <https://web.archive.org/web/20130607050957/http://www.bilderbergmeetings.org/participants2013.html>

91 <https://www.merkur.de/lokales/regionen/heimliches-maechtigentreffen-191284.html>

92 https://www.deutschlandfunk.de/re-feudalisierung-und-privatisierung-der-macht.724.de.html?dram:article_id=99848

93 <https://www.heise.de/tp/features/CDU-Politiker-Jens-Spahn-nimmt-an-Bilderberg-Konferenz-teil-3732077.html>

94 <https://taz.de/Bilderberg-Konferenz-in-der-Schweiz!/5596563/>

95 <https://web.archive.org/web/20120601010758/http://www.bilderbergmeetings.org/participants2012.html>

96 https://www.lobbycontrol.de/wp-content/uploads/download/Message_Bilderberg.pdf

97 <https://web.archive.org/web/20150601054557/http://www.bilderbergmeetings.org/participants2014.html>

98 <https://web.archive.org/web/20150623005615/http://www.bilderbergmeetings.org/participants2015.html>

99 <https://www.manager-magazin.de/fotostrecke/bilderberg-konferenz-das-sind-die-wichtigsten-teilnehmer-fotostrecke-138063.html>

100 <https://de.euronews.com/2019/05/28/wer-sind-die-130-teilnehmer-des-geheimen-bilderberg-treffens>

101 https://web.archive.org/web/20150114083158/http://www.bilderbergmeetings.org/participants_2010.html

102 Vgl.: <https://www.abgeordnetenwatch.de/profile/olaf-scholz/fragen-antworten/148520>

103 https://web.archive.org/web/20100704041900/https://www.bilderbergmeetings.org/participants_2010.html

104 <https://www.abgeordnetenwatch.de/profile/olaf-scholz/fragen-antworten/148553>

105 <https://www.nachdenkseiten.de/?p=42376>

106 <https://policynetwork.org/work/>

107 <https://www.abendblatt.de/politik/deutschland/article107137433/Die-offiziellen-Nebeneinkuenfte-der-Bundestagsabgeordneten.html>

108 <https://policynetwork.org/work/>

109 <https://www.forbes.com/consent/?toURL=https://www.forbes.com/finance/lists/10/2004/LIR.jhtml?datatype=Person&passListId=10&passListType=Person&passYear=2004&uniqueId=9CU1>

110 <https://ulrich-oehme.de/olaf-scholz-genosse-der-bosse/>

111 <https://www.bundesregierung.de/breg-de/themen/g7-g20/die-g20-387324>

112 Vgl.: DER SPIEGEL 41/2021, S. 28

113 <https://www.ndr.de/nachrichten/hamburg/index.html>

114 <https://www.morgenpost.de/politik/article211177971/Oesterreichische-Cobra-im-Einsatz.html>

115 Vgl.: DER SPIEGEL 41/2021, S. 28

116 <https://www.ndr.de/nachrichten/hamburg/index.html>

- 117 <https://www.ndr.de/nachrichten/hamburg/index.html>; <https://taz.de/Nachbereitung-der-Polizeiarbeit-bei-G20/!5437398/>
- 118 <https://www.ndr.de/nachrichten/hamburg/index.html>
- 119 Ebd.
- 120 <https://www.faz.net/aktuell/politik/olaf-scholz-bestreitet-regierungskrise-im-senat-15099567.html>
- 121 <https://www.faz.net/aktuell/politik/bundestagswahl/angela-merkel-gesteht-mitverantwortung-an-g-20-krawallen-ein-15109237.html>
- 122 <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/angela-merkel-bleibt-nach-g20-gipfel-in-hamburg-ohne-politischen-schaden-a-1156969.html>
- 123 <https://www.youtube.com/watch?v=2IHK7uFTtUE>
- 124 <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/nach-g20-wie-die-ausschreitungen-in-hamburg-den-bundestagswahlkampf-befeuern-a-1156881.html>
- 125 Ebd.
- 126 Vgl.: DER SPIEGEL 41/2021, S. 28
- 127 Vgl.: <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/angela-merkel-bleibt-nach-g20-gipfel-in-hamburg-ohne-politischen-schaden-a-1156969.html>
- 128 <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/nach-g20-wie-die-ausschreitungen-in-hamburg-den-bundestagswahlkampf-befeuern-a-1156881.html>
- 129 <https://www.welt.de/regionales/hamburg/article176946730/Privatisierung-Wie-man-die-HSH-zu-Tode-rettete.html>
- 130 https://daserste.ndr.de/panorama/archiv/2018/hsh498_page-2.html; <https://taz.de/Umstaende-des-Verkaufs-der-HSH-Nordbank/!5489987/>
- 131 Ebd.
- 132 Nach Berechnungen des Ökonomen Martin Hellwig (ebd.)
- 133 Willy Brandt (1913-1992), von 1969 bis 1974 als Regierungschef einer sozialliberalen Koalition von SPD und FDP der vierte Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland.
- 134 <https://mbjs.brandenburg.de/wir-ueber-uns/ministerin-ernst.html>
- 135 <https://ulrich-oehme.de/olaf-scholz-genosse-der-bosse/>; <https://www.tagesspiegel.de/wirtschaft/hsh-nordbank-chefaufseher-mirow-muss-sich-um-milliarden-loecher-kuemmern/7619160.html>
- 136 <https://www.welt.de/regionales/hamburg/article184435904/Thomas-Mirow-ueber-die-HSH-Nordbank-Es-war-der-perfekte-Sturm.html>
- 137 https://daserste.ndr.de/panorama/archiv/2018/hsh498_page-2.html; <https://taz.de/Umstaende-des-Verkaufs-der-HSH-Nordbank/!5489987/>
- 138 DER SPIEGEL 41/2021, S. 28.
- 139 <https://www.tagesspiegel.de/wirtschaft/150-milliarden-euro-steuerhinterziehung-schaden-im-cum-ex-skandal-dreimal-so-hoch-wie-gedacht/27725068.html>
- 140 <https://www.tagesschau.de/investigativ/panorama/cum-ex-cum-cum-101.html>
- 141 <https://www.manager-magazin.de/finanzen/gericht-wertet-cum-ex-geschaefte-auch-als-bandenbetrug-a-dd6cdbaf-aa69-4982-a062-f142b25c377d>
- 142 <https://www.tagesspiegel.de/wirtschaft/150-milliarden-euro-steuerhinterziehung-schaden-im-cum-ex-skandal-dreimal-so-hoch-wie-gedacht/27725068.html>
- 143 https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/steuern-sparen-so-bestehlen-uns-superreiche-eine-anleitung-in-6-schritten/26621762.html?utm_source=google&utm_medium=ads&utm_campaign=paidcontent_search_misc&utm_term=&gclid=CjwKCAjwq9mLBhB2EiwAuYdMtWhDJtWRWcX7sjuKbquZZFD3MsJEC3HS-YMrgUdWMPZeaQc95ucwDxoCDMUQAvD_BwE&ticket=ST-6105919-QtRdeBfefTX5oekaXMZj-cas01.example.org

144 DER SPIEGEL 41/2021, S. 28
145 Vgl.: <https://www.zeit.de/2021/41/olaf-scholz-cum-ex-affaere-spd-staatsanwaltschaft-koeln/seite-3#die-dunkle-seite-box-1-6-tab>
146 DER SPIEGEL 41/2021, S. 28
147 Vgl.: DER SPIEGEL 42/2021, S. 60.
148 <https://www.bild.de/politik/inland/politik-inland/wirecard-pleite-und-razzia-im-ministerium-teflon-scholz-ist-niemals-schuld-77734726.bild.html>
149 Ebd.
150 <https://www.zeit.de/2021/41/olaf-scholz-cum-ex-affaere-spd-staatsanwaltschaft-koeln>
151 Ebd.
152 Ebd.
153 Ebd.
154 Ebd.
155 <https://www.zeit.de/2021/41/olaf-scholz-cum-ex-affaere-spd-staatsanwaltschaft-koeln/seite-3#die-dunkle-seite-box-1-1-tab>
156 Ebd.
157 Ebd.
158 Ebd.
159 Ebd.
160 <https://www.tagesspiegel.de/wirtschaft/150-milliarden-euro-steuerhinterziehung-schaden-im-cum-ex-skandal-dreimal-so-hoch-wie-gedacht/27725068.html>
161 Vgl.: DER SPIEGEL 42/2021, S. 60.
162 <https://www.zeit.de/2021/41/olaf-scholz-cum-ex-affaere-spd-staatsanwaltschaft-koeln>
163 Ebd.
164 <https://www.bild.de/politik/inland/politik-inland/wirecard-pleite-und-razzia-im-ministerium-teflon-scholz-ist-niemals-schuld-77734726.bild.html>
165 <https://www.zeit.de/2021/41/olaf-scholz-cum-ex-affaere-spd-staatsanwaltschaft-koeln/seite-3#die-dunkle-seite-box-1-1-tab>
166 <https://www.24hamburg.de/hamburg/olaf-scholz-spd-milliarden-betrug-so-haengter-im-wirecard-skandal-drin-90470726.html>
167 Ebd.
168 <https://www.sueddeutsche.de/politik/wirecard-scholz-abschlussbericht-1.5329355>
169 Ebd.
170 DER SPIEGEL 41/2021, S. 28.
171 <https://www.24hamburg.de/hamburg/olaf-scholz-spd-milliarden-betrug-so-haengter-im-wirecard-skandal-drin-90470726.html>
172 Ebd.
173 Ebd.
174 DER SPIEGEL 41/2021, S. 28
175 <https://www.bild.de/politik/inland/politik-inland/wirecard-skandal-personalrat-gibt-scholz-mitschuld-77725230.bild.html>
176 Ebd.
177 Ebd.
178 <https://www.bild.de/politik/inland/politik-inland/wirecard-pleite-und-razzia-im-ministerium-teflon-scholz-ist-niemals-schuld-77734726.bild.html>
179 Ebd.

180 Ebd.
181 <https://olaf-scholz.spd.de/ueber-mich/>
182 Anne Will (ARD), Sendung vom 24. Oktober 2021.
183 DER SPIEGEL 40/2021, S. 12ff.
184 Michael Grandt: Kommt die Klima Diktatur? Rottenburg 2019.
185 Vgl.: Anne Will (ARD), Sendung vom 24. Oktober 2021.
186 Ebd.
187 <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/interview-mit-olaf-scholz-die-cdu-ist-nicht-mitte-sie-waere-es-gerne-1492267-p2.html>
188 <https://olaf-scholz.spd.de/meine-ziele/arbeit/>
189 Ebd.
190 <https://olaf-scholz.spd.de/meine-ziele/familien/>
191 Ebd.
192 <https://olaf-scholz.spd.de/meine-ziele/wohnen/>
193 Ebd.
194 Ebd.
195 <https://olaf-scholz.spd.de/meine-ziele/>
196 <https://olaf-scholz.spd.de/meine-ziele/klimaschutz/>
197 Ebd.
198 Ebd.
199 Ebd.
200 <https://olaf-scholz.spd.de/meine-ziele/rente/>
201 <https://www.bild.de/politik/inland/politik-inland/wer-sich-wo-durchgesetzt-hat-der-deutschland-plan-der-ampel-78344318.bild.html>
202 Ebd.
203 Ebd.
204 <https://www.bild.de/politik/inland/politik-inland/bild-blitzanalyse-das-sind-die-wichtigsten-punkte-im-ampel-vertrag-78340772.bild.html>
205 <https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/sondierungen-ampel-empfehlung-101.html>
206 <https://www.parlamentarische-linke.de/unsere-mitglieder/>, abgerufen am 6. April 2020
207 <https://www.tagesschau.de/inland/lambrecht-enteignungen-103.html>, abgerufen am 6. April 2020
208 <https://www.tagesschau.de/inland/enteignungen-debatte-105.html>, abgerufen am 6. April 2020
209 <https://www.tagesschau.de/inland/enteignungen-debatte-101.html>, abgerufen am 6. April 2020
210 Hans-Jochen Vogel: Mehr Gerechtigkeit, Freiburg 2019.
211 Ebd., zitiert auf: <https://www.vorwaerts.de/artikel/hans-jochen-vogel-grund-boden-keine-ware>
212 Ebd.
213 Ebd.
214 <https://www.welt.de/politik/deutschland/article204906442/Saskia-Esken-SPD-Vorsitzende-verteidigt-demokratischen-Sozialismus.html>, abgerufen am 14. April 2020
215 <https://dejure.org/gesetze/BauGB/176.html>
216 Ebd.

- 217 https://www.tuebingen.de/gemeinderat/gr0040.php?__cgrname=fraktion, abgerufen am 29. Juni 2020.
- 218 <https://www.tagblatt.de/Nachrichten/Alle-Tuebingen-Fraktionentragen-das-Baugebot-mit-408328.html>, abgerufen am 29. Juni 2020.
- 219 <https://www.stuttgarter-nachrichten.de/inhalt.gemeinderat-fuer-umstrittenen-bauzwang-tuebingen-legt-baugebot-fest.5a0e9efc-f5c5-458d-9a15-41ad6916a335.html>, abgerufen am 8. April 2020
- 220 <https://www.tagesschau.de/inland/lambrecht-enteignungen-103.html>, abgerufen am 6. April 2020
- 221 Hans-Jochen Vogel: Mehr Gerechtigkeit, Freiburg 2019; zitiert auf: <https://www.vorwaerts.de/artikel/hans-jochen-vogel-grund-boden-keine-ware>
- 222 Hans-Jochen Vogel: Mehr Gerechtigkeit, Freiburg 2019; zitiert auf: <https://www.vorwaerts.de/artikel/hans-jochen-vogel-grund-boden-keine-ware>
- 223 <https://www.demo-online.de/artikel/spd-bodenwertzuwachssteuer-erreichen-will>
- 224 Ordentlicher Bundesparteitag der SPD vom 6. bis 8. Dezember 2019, Beschluss Nr. 5, PDF, siehe: https://indieneuzeit.spd.de/fileadmin/pv/Dokumente/BPT2019/Beschluesse/B5_Bezahlbares_und_sicheres_Wohnen_in_Stadt_und_Land.pdf
- 225 <https://www.n-tv.de/politik/Scholz-will-Spitzensteuersatz-erhoehen-article20836221.html>, abgerufen am 15. Juni 2020.
- 226 <https://www.sueddeutsche.de/politik/hoehere-steuern-fuer-wohlhabende-auf-die-reichen-mit-gebruell-1.1431122-2>, abgerufen am 22. Juni 2020.
- 227 <https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/lohn-immer-mehr-arbeitnehmer-zahlen-spitzensteuersatz/25451980.html?ticket=ST-3852469-Ub9wDmm5Ocg-XO7bdk7SP-ap3>, abgerufen am 15. Juni 2020.
- 228 <https://www.sueddeutsche.de/politik/hoehere-steuern-fuer-wohlhabende-auf-die-reichen-mit-gebruell-1.1431122-2>, abgerufen am 22. Juni 2020.
- 229 <https://www.apotheke-adhoc.de/nachrichten/detail/politik/arbeitsminister-heil-spitzenverdiener-muessen-zurueckgeben-diskussion-ueber-reichensteuer/>, abgerufen am 15. Juni 20
- 230 <https://www.tagesschau.de/inland/vermoegensabgabe-101.html>, abgerufen am 15. Juni 2020.
- 231 <https://www.bild.de/politik/inland/politik-inland/lastenausgleich-nach-corona-krise-gabriel-fordert-vermoegens-umverteilung-70104176.bild.html>, abgerufen am 2. Juni 2020
- 232 <https://www.lexoffice.de/gesetzesaenderungen/erhoehung-tabaksteuer-2020/>, abgerufen am 16. Juni 2020.
- 233 <https://www.tagesspiegel.de/politik/vermoegenssteuer-im-vergleich-kommen-die-reichen-zu-gut-weg/24952246.html>, abgerufen am 15. Juni 2020.
- 234 <https://www.fr.de/frankfurt/erwaegt-hoehere-gewerbsteuer-frankfurt-13769438.html>, abgerufen am 16. Juni 2020.
- 235 <https://www.tagesschau.de/inland/enteignungen-debatte-101.html>, abgerufen am 6. April 2020
- 236 <https://www.bild.de/politik/inland/politik-inland/spd-olaf-scholz-will-reichensteuer-ins-wahlprogramm-aufnehmen-70553342.bild.html>, abgerufen am 17. Juni 2020.
- 237 Anne Will (ARD), Sendung vom 24. Oktober 2021.
- 238 Ebd.
- 239 DER SPIEGEL 40/2021, S. 15.
- 240 Ebd.

Scholz wird uns alle ärmer machen!

Olaf Scholz ist seit einem halben Jahrhundert in der Politik und doch ist über ihn wenig bekannt. Nach außen hin gibt er sich intelligent, eloquent und engagiert. Doch hinter seiner gutbürgerlichen Fassade verbirgt sich ein ganz anderes Gesicht. Das Gesicht eines tiefroten Marxisten, eines autoritären Machtpolitikers und eines Mannes, der sich einst die Positionen des DDR-Regimes zu eigen machte und in verschiedenen Affären und Skandalen zwielichtige Rollen spielte.

Bestsellerautor Dr. h.c. Michael Grandt deckt in dieser Broschüre die andere Seite von Scholz auf, eine Seite, die öffentlich nicht bekannt ist. Als mächtigster Linker steht Scholz stramm hinter seinen Genossen, die auch vor Zwangsvermietungen, Baugeboten und Enteignungen nicht zurückschrecken. Auch die Klimaneutralität will er ohne Rücksicht auf Verluste durchsetzen und agiert dabei ganz im Sinne der radikalen Ökosozialisten. Planwirtschaft, Kontrolle, Regulierung und Bevormundung – das ist die eigentliche Agenda von Scholz.

